

Kapitel 2: Einfach dabei sein – fair und bezahlbar



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.01.2025
Tagesordnungspunkt: WP-K2 Kapitel 2: Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

Antragstext

- 1 Die Kraft unseres Landes fußt darauf, dass alle Menschen sich selbstbewusst
- 2 einbringen und entfalten können. Dass ihre Leistung, ihre Erfahrung und ihre
- 3 Kompetenzen etwas zählen und sich der Einsatz lohnt. Die Kraft unseres Landes
- 4 beruht auf den Menschen, die jeden Tag anpacken, in Fabriken und Büros, in
- 5 Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Kindergärten und Universitäten.

- 6 Es geht darum, die aktuelle Verunsicherung in neue Sicherheit zu verwandeln.
- 7 Denn viele Menschen sind überlastet: Steigende Mieten und hohe
- 8 Lebenshaltungskosten sowie die steigenden Abgaben und hohen Steuern auf Löhne
- 9 und Gehälter machen das Leben für viele kaum mehr bezahlbar. Zu wenig
- 10 Kitapersonal und -plätze, die aufwendige Suche nach einem Arzttermin oder
- 11 langwierige Behördengänge machen das Leben anstrengend und kompliziert. Die
- 12 Digitalisierung und der Einsatz von KI hat Auswirkungen auf immer mehr Bereiche
- 13 des Alltags und des Arbeitslebens. Die Leute wollen gestalten, sich etwas
- 14 aufbauen, für ihre Familie sorgen, soweit möglich aus eigener Kraft. Dafür haben
- 15 sie gute Rahmenbedingungen verdient. Alle müssen sich darauf verlassen können,
- 16 dass der Staat die inklusiven Institutionen bereithält, die sie unterstützen.

- 17 Ein gutes Bildungssystem für alle Kinder und Heranwachsenden ist gleich in
- 18 mehrfacher Hinsicht der Zentralschlüssel für eine gute Zukunft unseres Landes
- 19 und unseres demokratischen Gemeinwesens. Hier entwickeln sich individuelle
- 20 Freiheit, die Möglichkeit zu persönlicher Selbstbestimmung ebenso wie die zu
- 21 gesellschaftlicher Teilhabe. Durch Bildung entscheiden sich die Lebenschancen
- 22 junger Menschen: Das fängt grundlegend mit der Kita an und reicht bis zu
- 23 Ausbildung oder Studium – und darf dort nicht enden. Und das gilt ganz gleich,
- 24 ob man im späteren Leben im Handwerk, der Wissenschaft, im
- 25 Dienstleistungsgewerbe oder der Industrie arbeitet. Mit der Bildung entscheidet
- 26 sich zudem, ob wir unser Land fit bekommen für die Anforderungen der neuen Zeit.
- 27 Wir statten die jungen Menschen mit Fähigkeiten aus, die in der neuen, digitalen
- 28 und klimaneutralen Arbeitswelt unverzichtbar sind. Wir nehmen lebenslanges
- 29 Lernen ernst und stärken Bildungsformate für alle Lebensabschnitte.
- 30 Es ist an der Zeit, dem endlich auch in der Bundespolitik Rechnung zu tragen –
- 31 Hand in Hand mit Ländern und Kommunen in einem modernen Föderalismus. Wir
- 32 stärken unsere Bildungssysteme, auch damit sie in Zukunft Kindern mit
- 33 Migrationsgeschichte und aus sozioökonomisch benachteiligten Familien die
- 34 gleichen Chancen auf Teilhabe und Aufstieg ermöglichen.
- 35 Darüber hinaus stärken wir auch den diskriminierungssensiblen Umgang mit allen

36 Kindern von Anfang an und setzen uns für eine wertschätzende Haltung in der
37 Bildungspolitik ein.

38 Gute Arbeit und faire Löhne sind die Grundlage dafür, sich etwas aufzubauen – in
39 materieller Sicherheit. Arbeit ist aber auch der Ort, an dem Menschen gemeinsam
40 etwas schaffen und sich als Teil der Gesellschaft erleben. Dabei muss es gerecht
41 zugehen: Arbeit muss sicher und gesund sein, mit der Möglichkeit zu Aufstieg und
42 Weiterbildung und so entlohnt sein, dass ein gutes Leben möglich ist. Ein
43 gerechter Arbeitsmarkt schafft Wertschätzung, gesellschaftlichen Zusammenhalt
44 und ermöglicht Vereinbarkeit von Privatleben, Familie und Beruf. Das ist unser
45 Ziel.

46 Die Frage des Wohnens ist entscheidend für die Umstände unseres Lebens. Die Wahl
47 eines Arbeitsplatzes, die Möglichkeit einer Familiengründung und die Gestaltung
48 des sozialen Umfelds hängen maßgeblich vom Wohnen ab. Es bezahlbar zu machen,
49 ist also eine entscheidende soziale Herausforderung. Wir nehmen sie an,
50 begrenzen effektiv Mieten, erleichtern das Bauen und den Zugang zu Eigentum.

51 Wir wollen für alle Menschen eine angemessene und unkomplizierte soziale
52 Absicherung, die die elementaren Dinge eines Lebens in Würde abdeckt und an der
53 alle Bevölkerungsgruppen fair mitwirken. Das gilt für ein gutes und
54 solidarisches Gesundheitssystem, das für alle da ist. Das gilt für ein
55 Pflegesystem, das verlässlich und bezahlbar ist und allen Menschen ein Alter in
56 Würde ermöglicht. Das gilt ganz besonders für Kinder und Jugendliche, deren
57 Zukunft nicht von der Lotterie ihrer sozialen Umstände abhängen darf. Es gilt
58 für Menschen, die unverschuldet ihre Arbeit verlieren. Und es gilt für eine
59 soziale Sicherung im Alter, die Geleistetes würdigt und die Angst vor der Armut
60 nimmt.

61 **A. Starke Teilhabe: gute Arbeit, bezahlbares** 62 **Wohnen, faire Löhne**

63 **Für gute Arbeit und faire Löhne**

64 Gute Arbeit und faire Löhne sind entscheidend dafür, dass Menschen für sich und
65 ihre Familien sorgen können, dass sie sich einbringen können und stolz auf den
66 gemeinsam erreichten Wohlstand sein können. Wir wollen, dass alle Zugang zu
67 guter Arbeit haben: durch eine gute Ausbildung, Fort- und Weiterbildung, durch
68 bessere Integration in einen inklusiven Arbeitsmarkt sowie durch Erleichterung
69 der Arbeitsaufnahme bzw. die Abschaffung von Arbeitsverboten. Der
70 Rechtskreiswechsel für Ukrainer*innen hat die Arbeitsmarktintegration
71 erleichtert, indem er ihnen den Zugang zu Instrumenten der
72 Arbeitsmarktintegration gegeben hat. Wir wollen, dass die Jobcenter Geflüchteten
73 frühzeitiger Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt geben.

74 Faire Löhne verlangen nach einem fairen Mindestlohn, damit Leistung auch
75 anerkannt wird. Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es
76 jetzt einen schrittweise steigenden Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025 und
77 das auch für unter 18-Jährige. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60%

78 des Medianlohns aus der EU Mindestlohnrichtlinie in das deutsche
79 Mindestlohngesetz. Und es braucht eine stärkere Tarifbindung. Denn wer nach
80 Tarif arbeitet, verdient im Schnitt mehr und das unter besseren
81 Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung
82 von Tarifverträgen erleichtern. Durch ein Tariftreuegesetz werden wir größere
83 öffentliche Aufträge des Bundes an Unternehmen vergeben, die nach Tarif
84 bezahlen, was deutlich mehr als 90 Prozent des gesamten Auftragsvolumens des
85 Bundes umfasst. Wir wollen prüfen, wie wir bürokratiearm soziale Kriterien bei
86 großvolumiger Fördermittelvergabe verankern können. Durch eine Angleichung der
87 Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost und West wollen wir die Lohn- und
88 Gehaltsunterschiede langfristig überwinden.

89 Die betriebliche Mitbestimmung ist gelebte Demokratie. Sie macht die
90 Beschäftigten zu aktiven Akteuren bei der Gestaltung ihrer Arbeitswelt. Wenn die
91 Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen mitgestalten können, dann entsteht auch in
92 Zeiten von Veränderungsprozessen Vertrauen und Akzeptanz. Daher wollen wir die
93 betriebliche Mitbestimmung - also Betriebsräte, Personalräte, Schwerbehinderten-
94 , Jugend- und Ausbildungsververtretungen - stärken, indem wir die
95 Mitbestimmungsrechte in Sachen Klima- und Umweltschutz,
96 Qualifizierungsmaßnahmen, Personalentwicklung sowie Gleichstellung im Betrieb
97 erweitern. Wir unterstützen die Gründung von neuen Betriebsräten und ermöglichen
98 Online-Betriebsratswahlen. Betriebsräte sollen selbst entscheiden können, ob sie
99 analog oder digital arbeiten. Wir schaffen ein digitales Zugangsrecht der
100 Gewerkschaften im Betrieb und stufen die Behinderung der demokratischen
101 Mitbestimmung künftig als Officialdelikt ein. Zudem werden wir Regelungen zum
102 Beschäftigtendatenschutz schaffen, um Rechtsklarheit für Arbeitgeber sowie
103 Beschäftigte zu erreichen und die Persönlichkeitsrechte effektiv zu schützen.
104 Die Unternehmensmitbestimmung wollen wir stärken. Sie darf weder ignoriert noch
105 umgangen werden, auch nicht grenzüberschreitend.

106

107 Gegen Scheinselbstständigkeit, etwa bei Plattformunternehmen, den Missbrauch von
108 Werkverträgen und Schwarzarbeit wollen wir entschieden vorgehen. Die
109 Rechtsberatung für entsandte Beschäftigte wollen wir absichern. Zusätzlich
110 wollen wir die Gewerkschaften mit einem Verbandsklagerecht stärken.
111 Sachgrundlose Befristungen lehnen wir ab. Die Arbeitszeiterfassung muss für alle
112 Beschäftigten unbürokratisch und digital möglich sein und im Arbeitszeitgesetz
113 geregelt werden. In Branchen, die von Schwarzarbeit betroffen sind, muss dies
114 manipulationssicher erfolgen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit lehnen wir ab.
115 Den Schutz vor Mobbing werden wir verbessern. Den Arbeits- und Gesundheitsschutz
116 in der sich wandelnden Arbeitswelt bauen wir aus und passen ihn neuen
117 Herausforderungen an - insbesondere mit Blick auf die psychische Gesundheit.

118 Wir treten dafür ein, dass das kirchliche Arbeitsrecht reformiert und die
119 gewerkschaftliche Mitbestimmung gefördert wird sowie die Ausnahmeklauseln für
120 die Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im Allgemeinen
121 Gleichbehandlungsgesetz aufgehoben werden. Der religiöse Verkündigungsbereich
122 bleibt hiervon unberührt.

123 Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Dieser Slogan wird
124 Wirklichkeit, wenn Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung auch in der Praxis
125 durchsetzen können. Die Realität sind aber Gender Pay Gap, Gender Care Gap und
126 Gender Pension Gap. Deshalb werden wir die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig
127 und vollständig umsetzen. Wir wollen mehr Transparenz über Lohngefälle
128 herstellen, die Regeln verbindlicher und besser einklagbar machen und dadurch
129 Gleichstellung wirksam voranbringen. Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen
130 verbessern wir durch gleiche Löhne und mehr Zeitsouveränität. Sie sollen mehr
131 Einfluss nehmen können auf Lage und Dauer ihrer Arbeitszeit, um eine bessere
132 Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie und eine gerechte Aufteilung von
133 Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern zu ermöglichen. Dazu gehört auch die
134 Möglichkeit im Homeoffice und mobil zu arbeiten mit klaren Regeln und fairen
135 Absprachen. Die Brückenteilzeit und das damit verbundene Rückkehrrecht in
136 Vollzeit wollen wir weiten und individueller gestalten. Eine gute
137 Kinderbetreuung und ein verlässliches Pflegesystem ist dabei wesentliche
138 Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit aller Erziehenden und Pflegenden.

139 Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
140 überführen, mit Ausnahmen für Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende. Denn
141 sie führen vor allem für Frauen und in Kombination mit dem Ehegattensplitting zu
142 einer Teilzeitfalle, weil sie den Anreiz setzen, weniger und ohne soziale
143 Absicherung zu arbeiten. Dies verschärft auch den Arbeitskräftemangel und die
144 Altersarmut. Um mit marktwirtschaftlichen Mitteln die Gehälter am unteren Ende
145 zu erhöhen, wollen wir Gehaltsangebote in Stellenausschreibungen grundsätzlich
146 transparent machen.

147 **Für bezahlbares Wohnen**

148 Bezahlbares Wohnen ist zu einer der entscheidenden sozialen Fragen unserer Zeit
149 geworden. Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft stehen vor Fragen wie: Kann
150 ich an meinem Wohnort eine Familie gründen? Kann ich mir dort eine Wohnung
151 leisten, wo ich ein Jobangebot habe? Wie kann ich im Alter wohnen? Wie kann ich
152 eine behindertengerechte Wohnung finden? Wir wollen, dass Menschen in
153 Deutschland bezahlbaren Wohnraum finden und sich keine Ängste und Sorgen um den
154 Verbleib in ihrer Wohnung machen müssen. Es braucht mehr Wohnungen, kluge und
155 sozialverträgliche Modernisierung und den Schutz vor zu hohen Mietsteigerungen
156 im Bestand. Zudem wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer beenden, damit
157 diese nicht mehr auf Mieter*innen umgewälzt werden kann.

158 Etwa die Hälfte der Menschen in unserem Land lebt zur Miete und muss dafür immer
159 mehr Geld ausgeben. Wir werden die Mietpreisbremse verlängern und sie durch die
160 Abschaffung von Ausnahmen verschärfen. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem
161 bereits auf Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind. Und wir werden
162 Schlupflöcher schließen, etwa wenn Wohnungen nicht zu fairen Preisen, sondern
163 überteuert als möblierte Wohnung oder Ferienwohnung angeboten werden.
164 Mietspiegel sollen durch die Verlängerung des Betrachtungszeitraums besser
165 qualifiziert werden. Kommunen sollen angespannte Wohnungsmärkte eigenständig
166 nachweisen können. Wir werden in angespannten Wohnungsmärkten einen Mietenstopp

167 ermöglichen. Mietwucher muss durch die Stärkung des § 5
168 Wirtschaftsstrafgesetzbuch bekämpft werden, um den Nachweis für Mietende zu
169 erleichtern und somit Verstöße gegen die Mietpreisbremse stärker zu ahnden.
170 Indexmieten sollen durch Obergrenzen reguliert werden und Sanierungen müssen
171 warmmietenneutral umgelegt werden. Die Vermietung möblierter Wohnungen muss
172 streng reguliert und die Zweckentfremdung von Wohnraum geahndet werden. Zudem
173 werden wir Mieterhöhungen durch eine Senkung der Kappungsgrenzen begegnen. Auch
174 Gewerbemieter*innen brauchen einen Mieter*innenschutz.

175 Obdachlosigkeit sollte in einem reichen Land wie Deutschland nicht vorkommen –
176 ein eigenes Zuhause ist eine wichtige Voraussetzung für ein Leben in Würde und
177 für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir den Nationalen Aktionsplan
178 zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit
179 weiterentwickeln. Ziel bleibt es, Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu
180 überwinden. Zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit sind niedrigschwellige
181 präventive Hilfen und zielgruppengerechte Angebote, etwa für Frauen und
182 Familien, unerlässlich. Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben. Der
183 Housing-First-Ansatz ist ein zentraler Baustein, bei dem obdachlose Personen in
184 eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für Hilfe "qualifizieren" zu
185 müssen. Auch andere Instrumente wie soziale Wohnraumagenturen werden wir nutzen.
186 Unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und ihrem Aufenthaltsstatus müssen
187 Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Hilfesystem erhalten.

188 Mieter*innen wollen wir besser schützen. Wir wollen einen deutlich stärkeren
189 Schutz bei Eigenbedarfskündigungen und bei Kündigungen wegen Mietschulden, sowie
190 eine Entfristung der Umwandlungsbremse. Wir wollen Mieter*innen besser über ihre
191 Rechte aufklären und gleichzeitig die Kommunen befähigen, die Mieter*innen bei
192 der Rechtsdurchsetzung zu unterstützen. Viele Menschen haben das Interesse, ihre
193 Wohnung zu tauschen, weil sich ihre Lebensumstände geändert haben. So könnte
194 Wohnraum besser genutzt werden. Wir wollen Menschen bei diesen Plänen
195 unterstützen, indem wir den Wohnungstausch rechtlich erleichtern und
196 Förderinstrumente für die Unterstützung von Mieter*innen anpassen und
197 flexibilisieren.

198 Wohneigentum - sei es ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung - bietet
199 Sicherheit, Freiheit und eine nachhaltige Altersvorsorge. Deshalb wollen wir die
200 Chance auf Wohneigentum leichter zur Realität werden lassen. Wir wollen den Kauf
201 und den Neubau des ersten, selbst genutzten Wohneigentums sowie den Umbau leer
202 stehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker und sozial
203 gerecht fördern. Damit unterstützen wir vor allem junge Familien durch
204 zinsgünstige staatliche Kredite. Insbesondere soll dabei die energetische
205 Sanierung leer stehender Wohnungen, die Teilung von untergenutzten
206 Einfamilienhäusern sowie Ausbauten für die Bereitstellung zusätzlichen Wohnraums
207 gefördert werden. Wir entlasten bei den Nebenkosten, wie den Makler- und
208 Notargebühren. Eine Wohnungsbauprämie, deren Höhe mit der Inflation steigt und
209 die an den Klimaschutzziele ausgerichtet ist, erleichtert auch Menschen mit
210 geringem und mittlerem Einkommen den Zugang zu Wohneigentum. Wenn Mieter*innen
211 gemeinschaftlich ihr Wohnhaus übernehmen wollen, beispielsweise durch eine

212 Genossenschaft, wollen wir das unbürokratisch durch günstige Kredite oder
213 Bürgschaften unterstützen.

214

215 Wir wollen Spekulationen mit dem Zuhause von Mieter*innen verhindern. Wir
216 akzeptieren nicht, dass Wohnkonzerne und Immobiliengesellschaften Rendite
217 ausschütten, während Wohnungen verfallen, in denen Menschen leben. Diesen
218 Geschäftsmodellen wollen wir einen Riegel vorschieben. Darum wollen wir diese
219 Akteur*innen darauf verpflichten, ihrer Verantwortung nachzukommen und die
220 Ausschüttung von Renditen begrenzen, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht
221 werden.

222 **Für schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen und** 223 **Sanieren**

224 Wir wollen gute Rahmenbedingungen für klimaverträgliches, schnelles und
225 möglichst preiswertes Bauen und Umbauen schaffen.

226

227 Dafür braucht es eine realistische Strategie für mehr Wohnraum. Der beste Weg
228 liegt darin, vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken,
229 ungenutzte Büro- und Gewerbeflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen,
230 zweckentfremdete und leer stehende Gebäude wieder aktivieren. Mehrere Millionen
231 Wohnungen könnten auf diesem Weg bereitgestellt werden. Hier muss nicht
232 aufwendig neue Infrastruktur gelegt werden, was das Bauen einfacher und
233 günstiger macht. Um günstige Umbauten zu ermöglichen, wollen wir bau- und
234 steuerrechtliche Hürden und den Bürokratieaufwand senken. Der Umbau bestehender
235 Gebäude muss attraktiver werden als Bestehendes abzureißen und neu zu bauen.
236 Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und
237 bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene
238 Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß
239 zurückführen. Wo möglich, wollen wir es erleichtern, dass die energetische
240 Sanierung von Wohngebäuden mit Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird. Auch
241 seriell errichtete Wohngebäude leisten bei nachhaltigen Bauweisen einen
242 wirkungsvollen Beitrag, um Wohnraum schnell und preiswert zu schaffen. Diese
243 Ansätze wollen wir stärken.

244 Wohnraum und Bauflächen dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Wir setzen uns
245 für eine Bodenpolitik ein, die sich auch am Gemeinwohl orientiert, und passen
246 das Baurecht entsprechend an. Wir richten einen Bundesbodenfonds ein und
247 unterstützen den Aufbau von kommunalen Bodenfonds. Bei Bodenwertsteigerungen
248 durch Planungsrechtänderungen beteiligen wir die öffentliche Hand stärker.

249 Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals,
250 sind zu schließen. Gleichzeitig stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen im
251 Ertragswertverfahren und den Milieuschutz. Den sozialen und gemeinnützigen
252 Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel für sozialen
253 Wohnungsbau erhöht werden. Gemeinnützige und genossenschaftliche
254 Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen. Mit Investitions- und
255 Baukostenzuschüssen für den sozialen Wohnungsbau und die Neue
256 Wohngemeinnützigkeit sorgen wir dafür, dass die Belegungs- und

257 Mietpreisbindungen nicht mehr befristet sind. Die Neue Wohngemeinnützigkeit
258 wollen wir so zu einem schlagkräftigen Instrument des sozialen Wohnungsmarktes
259 ausbauen. Wir wollen den Trend zu einem steigenden Anteil von barrierefreien
260 Neubaumietwohnungen im sozialen Wohnungsbau deutlich beschleunigen und
261 unterstützen die Betroffenen stärker bei Umbaumaßnahmen, damit sie in ihren
262 Wohnungen selbstbestimmt leben können.

263

264 Wir stellen die soziale Gerechtigkeit beim Bauen und Sanieren in den Mittelpunkt
265 und fokussieren die Förderung stärker auf geringe und mittlere Einkommen.
266 Vorschüsse sollen ihnen Sanierungen ermöglichen. Die Effizienz steht zukünftig
267 stärker im Mittelpunkt einer finanziellen Förderung. Je kleiner das Einkommen
268 und je mehr Energie eingespart wird, desto höher die Förderung. Kleine
269 Sanierungsmaßnahmen wie die isolierte Kellerdecke, die gedämmte oberste
270 Geschossdecke und die Optimierung der bestehenden Heizung erzeugen eine große
271 Wirkung bei geringem Mitteleinsatz.

272 Klimaverträgliches Sanieren nützt nicht nur dem Klima, es reduziert auch
273 zukünftige Wohnkosten. Damit diese positiven Effekte auch bei Mieter*innen
274 ankommen, wollen wir klare Anreize dafür setzen, dass Vermieter*innen verfügbare
275 öffentliche Fördermittel zur Sanierung auch tatsächlich nutzen. Auch ist es
276 dringend notwendig, die jährliche Sanierungsrate deutlich zu erhöhen. Da die
277 Investitionen der Vermieter*innen nur zeitlich befristet umgelegt werden
278 dürfen, entlasten wir die Mieter*innen. Für klimaverträgliches Bauen und Sanieren
279 gibt es viele Wege: Manchmal sind es neue Technologien, manchmal der Rückgriff
280 auf bewährte Bautraditionen, die den Schlüssel dazu liefern. Über CO₂-
281 Bilanzierungen ermitteln wir die beste Umsetzung. Die Kreislaufwirtschaft beim
282 Bau ist ebenfalls entscheidend, damit Bauschutt vermieden, Rohstoffe geschont
283 und Material wiederverwendet werden kann. Wir führen einen digitalen Gebäudepass
284 für öffentliche Gebäude ein, um die Wiederverwendung von Baustoffen zu fördern.
285 Wir reduzieren Vorschriften, die der Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor im Weg
286 stehen. Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu erleichtern,
287 wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform anerkennen.
288 Komfortables, preiswertes und klimaverträgliches Bauen bedarf technischer und
289 rechtlicher Innovationen. Wir stehen für eine moderne, nachhaltige Baukultur in
290 der alle Formen des Zusammenlebens berücksichtigt werden. Dieses neue
291 Zusammenspiel sollten wir als Gesellschaft mithilfe des Instruments des
292 Reallabors unkompliziert ausprobieren und daraus lernen.

293

294 Wir wollen lebendige und zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren mit
295 attraktiven und Nutzungsdurchmischten Quartieren schaffen. Wir bauen dabei auf
296 eine ganzheitliche, quartiersbezogene Stadt- und Dorfentwicklung, die
297 klimaneutrale Mobilität, mehr Grün und mehr Wasserflächen sowie Beteiligung
298 ermöglicht. Hierfür wollen wir die Mittel für die Städtebauförderung aufstocken
299 und die Anwendung der Innenentwicklungsmaßnahmen vereinfachen.

300 Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wächst immer mehr auf Kosten von
301 landwirtschaftlichen Flächen und Wald. Mit Raumordnung, Stadt- und
302 Regionalplanung allein ließ sich der Flächenverbrauch nicht wirksam reduzieren.

303 Deshalb setzen wir auf neue Instrumente, wie den Flächenzertifikatehandel oder
304 ein Baulandabgabemodell. So setzen wir Anreize, den Flächenverbrauch bis 2030
305 auf 30 Hektar pro Tag und langfristig auf Nettonull zu senken.

306 **Für ein gerechtes Steuersystem**

307 Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Vielen Menschen geht es gut. Aber es gibt
308 auch diejenigen, die sich außer Miete und Lebensmitteln kaum etwas leisten
309 können. Diese Menschen haben besonders unter der Inflation der vergangenen Jahre
310 gelitten. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahrzehnten so
311 weit aufgegangen, dass das reichste Prozent der Deutschen mittlerweile mehr
312 Vermögen besitzt als 90 Prozent der Gesellschaft zusammen. Damit zählen wir zu
313 den Ländern mit der ungleichsten Vermögensverteilung in Europa. Ein erheblicher
314 Teil der großen Vermögen in Deutschland stammt nicht aus eigener Arbeit, sondern
315 aus Erbschaften.

316 Insbesondere bei der Konzentration von sehr hohen Vermögen gibt es auch im
317 internationalen Vergleich große Handlungsnotwendigkeit in Deutschland. Wir haben
318 gute Konzepte, die die Vermögensungleichheit effektiv reduzieren. Zu möglichen
319 Ansätzen gehören: Eine globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer,
320 eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher und eine nationale
321 Vermögenssteuer auf sehr hohe Vermögen. Wir wollen die Ziele Gerechtigkeit,
322 Gemeinwohlförderung und den Erhalt von Betrieben, ihren
323 Investitionsmöglichkeiten und ihren Arbeitsplätzen zusammenbringen.

324 Das ist alles andere als einfach, aber wir möchten endlich etwas erreichen.
325 Deswegen fokussieren wir uns auf folgende Maßnahmen: eine Reform der
326 Erbschaftssteuer hin zu einem Modell mit personenbezogenem Lebensfreibetrag,
327 weitgehender Streichung bestehender Ausnahmen für außerordentlich große
328 Erbschaften (selbstbewohntes Eigentum bleibt befreit) und großzügigen
329 Stundensregelungen, den aktiven Einsatz für die Einführung der globalen
330 Milliardärssteuer sowie das Schließen weiterer offenkundiger
331 Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem bei der Immobilienbesteuerung
332 wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und
333 Kapitaleinkünften. Gewerbesteuerdumping von Kommunen werden wir durch wirksame
334 Maßnahmen entgegentreten, unter Berücksichtigung des Hebesatzrechts der
335 Kommunen. Die erweiterte Kürzung für Grundstücksunternehmen im
336 Gewerbesteuerrecht streichen wir.

337 Um die Erwerbstätigen bürokratisch und finanziell zu entlasten, werden wir die
338 Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung anheben. Wir wollen
339 eine Anhebung auf mindestens 1.500 Euro. Dies wird dazu führen, dass mehr als
340 die Hälfte der Arbeitnehmer*innen keine Belege für ihre Steuererklärung mehr
341 sammeln muss. Wer höhere Auslagen hat, kann sie bei der Steuererklärung wie
342 gewohnt angeben. Wir prüfen weitere Pauschalen, um die Steuererklärung für
343 Bürger*innen und kleine Unternehmen wesentlich zu vereinfachen. Ziel ist das
344 Angebot, die Steuererklärung über die Deutschland-App abzugeben. Zudem befreien
345 wir Millionen Rentnerinnen und Rentner von der Steuerklärungspflicht, indem

346 wir deren anfallende Einkommensteuer automatisch durch die Versorgungsträger
347 einbehalten lassen.

348 Um insbesondere niedrige Einkommen, Alleinerziehende und auch Menschen, die mit
349 Bürgergeld aufstocken müssen, zielgenau und unbürokratisch zu entlasten, führen
350 wir Steuergutschriften ein. So ersparen wir den Menschen und unseren Behörden
351 immer mehr und kompliziertere Antragsverfahren und erreichen, dass jede Stunde
352 mehr an Erwerbsarbeit immer auch zu spürbar mehr verfügbarem Einkommen bei den
353 Menschen führt. Den Grundfreibetrag erhöhen wir. Unser Ziel ist es auch in
354 Zukunft niedrige Einkommen zu entlasten. Den Solidaritätszuschlag werden wir in
355 den Einkommensteuertarif integrieren.

356

357 Zu einer gerechten Besteuerung gehört ebenso, dass ein Onlineversandhaus seinen
358 Gewinn gleichermaßen besteuern muss wie ein Handwerksbetrieb. Als weiteres
359 Standbein setzen wir deshalb auf Einnahmen durch die lokale Besteuerung der
360 Gewinne multinationaler Konzerne. Wir unterstützen es, dass die UN hierfür eine
361 gerechte Grundlage ausarbeitet.

362

363 Das Mehrwertsteuersystem ist ein Flickenteppich ungerechtfertigter Sonderregeln
364 und Ausnahmen. Leider waren die Bemühungen vergangener Regierungen für eine
365 übefällige Reform nicht erfolgreich. Auch wenn wir wissen, dass eine
366 ganzheitliche Mehrwertsteuerreform ein sehr komplexes und mit vielen
367 Fallstricken verbundenes Unterfangen ist, wollen wir einen erneuten Versuch
368 starten: Über eine aufkommensneutrale Reform werden wir die Mehrwertsteuer
369 vereinfachen, entbürokratisieren und Fehlanreize abbauen. Hierfür werden wir aus
370 der Zeit gefallene Ausnahmen und Sonderregeln streichen.

371 Zur gerechteren Verteilung von Vermögen und für faire Aufstiegschancen
372 unterstützen wir Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen beim
373 Vermögensaufbau. Wir wollen an unsere Erfolge in der letzten Regierung wie die
374 Erweiterung der Förderung von "vermögenswirksamen Leistungen" anknüpfen, indem
375 wir zum Beispiel den Zuschuss zum Fondssparen bei den Vermögenswirksamen
376 Leistungen und den Sparerpauschbetrag spürbar anheben.

377 **B. Eine gute Bildung für gute Chancen**

378 **Für gute und verlässliche Kitas**

379 Gute Kitas und Kindertagespflege sind der entscheidende Grundstein für die
380 Zukunft unserer Kinder. Eine gute frühkindliche Bildung sowie ganztägige und
381 verlässliche Betreuungsinfrastruktur bietet Kindern faire Chancen von Anfang an
382 und ermöglicht Eltern, Familie, Beruf und andere Verpflichtungen besser zu
383 vereinbaren. Ein Gewinn für unsere Gesellschaft insgesamt.

384 Leider wird unser Land diesem Anspruch bei Weitem nicht gerecht. Kitaplätze
385 fehlen in weiten Teilen des Landes. Dort, wo Eltern einen Platz für ihren
386 Nachwuchs bekommen, wird der Betrieb oftmals wegen Personalknappheit
387 eingeschränkt oder ganz eingestellt. Die Verlässlichkeit der Kitas ist nicht

388 überall und jederzeit gewährleistet. Es fehlen schon jetzt Erzieher*innen und
389 Fachkräfte in anderen sozialen Bereichen. Wir wissen, dass bereits viele an oder
390 über der Belastungsgrenze arbeiten. Diese Arbeitsbedingungen wollen wir
391 verbessern. Deshalb investieren wir in gute Kitas, Kindertagespflegestellen und
392 weitere soziale Betreuungsstätten sowie die Gewinnung von Erzieher*innen und
393 unterstützenden Fachkräften. Wir setzen ein Maßnahmenpaket zur
394 Fachkräftesicherung um. Darin machen wir uns für schulgeldfreie, vergütete
395 Ausbildungen, einen attraktiven Arbeitsplatz, berufsbegleitende
396 Anerkennungsverfahren, schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und
397 flexiblere Weiterbildungen und Umschulungen stark. Denn nur wenn ausreichend gut
398 qualifizierte Fachkräfte ausreichend Zeit für ihre Arbeit haben, können unsere
399 Kitas, Kindertagespflegestellen und sozialen Einrichtungen dauerhaft Bildung,
400 Erziehung und Betreuung auf hohem pädagogischen Niveau ermöglichen.

401 Mit dem Kita-Qualitätsgesetz investiert der Bund derzeit jährlich rund 2
402 Milliarden Euro in gute frühkindliche Bildung. Diesen Weg setzen wir fort, indem
403 wir bundesweite Qualitätsstandards im Kitabereich und in der Kindertagespflege
404 gesetzlich festschreiben und im Bund die Investitionen in frühkindliche Bildung
405 erhöhen und verstetigen. Für uns bedeutet Qualität, Kitas als Bildungsräume zu
406 stärken, in denen Kinder Sprachen und MINT-Kompetenzen entdecken. Wir
407 unterstützen Initiativen, die diese Art der frühkindlichen Bildung fördern. Ein
408 besonderes Augenmerk legen wir auch auf Kitas mit einem hohen Anteil
409 sozioökonomisch benachteiligter Kinder. Dort wollen wir besonders unterstützen.
410 Damit eine gute Kindertagesbetreuung für alle offen ist, werden wir daran
411 arbeiten, dass die Inanspruchnahme nicht von hohen Beiträgen abhängt. Wir fordern
412 einkommensabhängige Kita-Gebühren als Standard.

413 Das Mitbestimmungsrecht von Kindern wollen wir weiter stärken und Konzepte zur
414 Demokratieförderung flächendeckend umsetzen. Wir führen steuerliche Anreize für
415 Unternehmen ein, die selbst oder in Kooperation Kitaplätze schaffen, sodass
416 Kinder von Beschäftigten in unmittelbarer Nähe zur Arbeitsstelle betreut werden
417 können.

418 **Für starke Schulen für alle Kinder**

419 Schulen sind für Kinder und Jugendliche neben der Familie der Mittelpunkt ihres
420 Lebens. Hier entwickelt sich die Persönlichkeit, hier wird gelebt, gelernt und
421 gelacht. Daher ist es so wichtig, dass jede bzw. jeder sich dort zugehörig fühlt
422 und angenommen wird. Schulen befähigen Kinder und Jugendliche auch dazu, ihre
423 selbstbestimmte und nachhaltige Zukunft zu gestalten. Daher hat jeder junge
424 Mensch die beste Bildung verdient – ganz unabhängig von Wohnort, Herkunft oder
425 sonderpädagogischem Förderbedarf.

426 Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland, daher braucht es mehr als
427 provisorische und temporäre Lösungen für den Umgang mit Geflüchteten und
428 anderen, die kurzfristig zu uns kommen. Wir wollen, dass Integration in und
429 durch Bildung nicht nur auf dem Papier, sondern vor allem auch in der Realität
430 eine Regelaufgabe unseres Bildungssystems wird, von der Kita über die Schule, in
431 Hochschule und beruflicher Bildung. Sie sollen Orte sein, in denen Vielfalt und

432 diskriminierungssensibles Lernen gefördert wird und an denen Menschen ihre
433 Talente und Kreativität entdecken und entfalten können. Wenn junge Menschen
434 wieder stärker den Eindruck haben, dass sich ihre Anstrengungen lohnen, weil sie
435 etwas erreichen und sich etwas aufbauen können, können wir viele Potenziale neu
436 entfesseln. Um die Chancen für alle Kinder von Anfang an gleich zu gestalten,
437 setzen wir uns für diskriminierungssensible Fortbildungen in der
438 Kindertagespflege und Lehrer*innen-Ausbildung ein.

439

440 Den Startschuss für einen Bildungsaufbruch an Schulen haben wir in der
441 Bundesregierung gegeben: Als größtes Bund-Länder-Schulprogramm der Geschichte
442 unseres Landes haben wir mit dem Startchancen-Programm in Höhe von 20 Milliarden
443 Euro gemeinsam für einen kraftvollen Schub für mehr Bildungsgerechtigkeit
444 gesorgt.

445 Aber unser Land braucht deutlich mehr: Eine gemeinsame Bildungsoffensive, um
446 noch mehr Schulen, Kinder, Jugendliche und Heranwachsende zu erreichen. Mit
447 einem „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ wollen wir Hand in Hand mit Ländern
448 und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen.

449 Dadurch sorgen wir für moderne und barrierefreie Schulgebäude mit digital
450 ausgestatteten Klassenzimmern, attraktiven Bewegungsräumen, dichten Dächern und
451 funktionierenden Toiletten. Wir schaffen mehr Stellen für Schulsozialarbeit,
452 Schulpsychologie und Inklusion in multiprofessionellen Teams. Wir stärken die
453 Kompetenzen und Leistungen der Kinder und legen dabei einen Schwerpunkt auf den
454 Erwerb von Basiskompetenzen, die für einen erfolgreichen Bildungsweg
455 unverzichtbar sind. Wir fördern die politische Bildung, Demokratiebildung,
456 Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Außerdem setzen wir auf
457 den Aufbau von digitalen Fähigkeiten, Medienkompetenz und dem verantwortlichen
458 Einsatz von KI. Wir streben eine höhere gesellschaftliche Anerkennung des
459 Lehrberufs an, um insbesondere den Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfälle zu
460 bekämpfen.

461 Die Digitalisierung unserer Schulen begreifen wir als Daueraufgabe von Bund,
462 Ländern und Kommunen, in die wir weiter investieren werden. Genau wie in den
463 Ausbau guter ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote. Wir bauen die
464 Angebote der Mental Health Coaches an Schulen aus und wir setzen uns dafür ein,
465 dass Inklusion aller Schülerinnen und Schüler gemäß der UN-
466 Behindertenrechtskonvention an allen Schulen zur gelebten Realität wird. Dabei
467 ist gutes Schulmittagessen entscheidend für Ganztagsangebote und fördert die
468 Ernährungs- und Gesundheitskompetenz von Klein auf.

469 Diese Unterstützung soll dort ankommen, wo sie besonders gebraucht wird. Statt
470 nur nach dem Königsteiner Schlüssel nach Einwohnerzahl und Finanzkraft zu
471 finanzieren, wollen wir die Finanzierung stärker an den tatsächlichen Bedarfen
472 ausrichten. Wir brauchen eine engere Kooperation zwischen Bund, Ländern und
473 Kommunen in der Bildungspolitik. Wir fördern dabei die Zusammenarbeit zwischen
474 Schulen, Schulaufsicht, Schulträger und Jugendhilfe, zum Beispiel in regionalen
475 Bildungsnetzwerken. Wo verfassungsrechtliche Beschränkungen zuverlässige und
476 notwendige Investitionen in Bildung aktuell verhindern, werden wir mit den

477 Ländern gemeinsame Ziele und tragfähige Lösungen vereinbaren, um die großen
478 Herausforderungen im Bildungssystem erfolgreich gemeinsam zu bewältigen und auch
479 über neue Gemeinschaftsaufgaben im Grundgesetz sprechen. Das Kooperationsverbot
480 wollen wir abschaffen.

481 Zudem wollen wir die Länder bei der Fachkräftegewinnung unterstützen - etwa
482 durch duale Studiengänge, Ein-Fach-Lehrkräfte und Wege für Quer- und
483 Seiteneinsteiger*innen. Gemeinsam fördern wir gesunde Arbeitsbedingungen,
484 inklusive Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte.
485 Außerdem verlassen über 50.000 Schüler*innen jährlich die Schule ohne Abschluss
486 - ein Risiko für Armut und geringe Teilhabe. Mit einer nationalen Strategie
487 wollen wir Schulabbrüche durch präventive und begleitende Maßnahmen verhindern.

488 Einen besonderen Schwerpunkt werden wir außerdem auf die Sprachbildung legen.
489 Denn Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Wir wollen erreichen, dass alle Kinder
490 am Ende der Grundschule sicher lesen, schreiben und rechnen können, denn nur wer
491 die deutsche Sprache versteht und beherrscht, kann am Unterricht und der
492 Gemeinschaft teilhaben, sich entfalten und erfolgreich lernen. Die
493 Sprachförderung muss als durchgängiger Prozess angelegt werden, der in der Kita
494 beginnt und sich in der Schule sowie beruflichen Ausbildung fortsetzt. Dabei
495 verdient die Mehrsprachigkeit vieler Schüler*innen Respekt und die Stärkung
496 durch unsere Bildungseinrichtungen. Jedes Kind in Deutschland, unabhängig der
497 Sprachkenntnisse, soll Zugang zum regulären Bildungssystem erhalten.

498 **Für eine gute Berufsbildung, die allen offensteht**

499 Unser Land braucht weitere, energische Schritte für mehr Fachkräfte – in
500 Industrie und Handwerk ebenso wie in Kitas, Schulen und im Gesundheitssektor.
501 Nur so können wir den notwendigen Umbau der Wirtschaft und den demografischen
502 Wandel bewältigen. Oft bleiben Ausbildungsplätze aber unbesetzt, offene Stellen
503 können nicht nachbesetzt werden. Dabei stehen 2,9 Millionen junge Menschen in
504 Deutschland heute ohne Berufsabschluss da.

505 Eine gute Ausbildung ist ein attraktives Versprechen für die berufliche Zukunft
506 junger Menschen. Auf dem Weg dahin schaffen wir gute finanzielle, soziale und
507 rechtliche Rahmenbedingungen für Auszubildende. Wir werden die
508 Mindestausbildungsvergütung deutlich anheben, um die Attraktivität der
509 Ausbildung zu erhöhen und ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Wir wollen
510 für Menschen in Ausbildung auch den Führerscheinwerb fördern, eine Lösung für
511 ein Azubi-Deutschlandticket finden und den ÖPNV für Auszubildende attraktiver
512 machen. Wir fördern Auszubildendenwerke nach dem Vorbild der Studierendenwerke.
513 Im Fokus stehen Auszubildendenwohnheime, Betreuung ausländischer Auszubildender,
514 psychologische, soziale und rechtliche Beratung sowie kulturelle Angebote.
515 Mit einer solidarischen Ausbildungsumlage sorgen wir dabei für einen
516 finanziellen Ausgleich, um die Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer
517 Betriebe zu fördern. Zur Unterstützung des Handwerks erhöhen wir die Förderung
518 der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung weiter. Außerdem stärken wir
519 Ausbildungsverbände, um die Anzahl passender Stellen für Auszubildende und
520 Betriebe zu erhöhen. Wir werden die Ausbildungsgarantie inklusiv

521 weiterentwickeln und das Instrument der Assistierte Ausbildung verbessern, um
522 wirklich allen jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen.

523 Wir verbessern die Berufsorientierung für junge Menschen und informieren dort,
524 wo junge Menschen sind, insbesondere an Schulen. Dies erfordert den Abbau von
525 Fehlanreizen bei der Bundesagentur für Arbeit sowie die aktive Einbeziehung von
526 Ausbildungsbetrieben, Ausbildungsstätten und Hochschulen, Eltern sowie
527 Vorbildern aus der beruflichen Bildung. Durch eine flächendeckende Einrichtung
528 und Stärkung von Jugendberufsagenturen bieten wir eine zentrale Anlaufstelle für
529 Berufsorientierung, Ausbildungsplatzsuche und Begleitung während der Ausbildung.
530 Mehr barrierefreie, praxisnahe und inklusive Angebote können helfen, den
531 Horizont für die Berufswahl zu weiten. Dabei nehmen wir auch Dritte Orte als
532 Lern- und Begegnungsräume in den Blick.

533 Eine berufliche Ausbildung oder ein Studium ebnet gleichwertig einen starken Weg
534 in die berufliche Zukunft. Daher werden wir den Deutschen Qualifikationsrahmen
535 gesetzlich verankern. Wir wollen nicht, dass finanzielle Gründe oder die soziale
536 Herkunft darüber entscheiden, welcher der beiden Wege eingeschlagen wird. Nach
537 der Erhöhung des BAföG in dieser Wahlperiode machen wir es jetzt zukunftsfest,
538 für Studium und berufliche Bildung: Das BAföG soll existenzsichernd und
539 bedarfsgerecht sein. Deshalb setzen wir einen zuverlässigen Mechanismus ein, um
540 die Bedarfssätze und Freibeträge regelmäßig an die steigenden
541 Lebenshaltungskosten anzupassen. Wir prüfen die Absenkung des zurückzuzahlenden
542 Darlehens durch die Erhöhung des Zuschussanteils. Wir wollen das BAföG
543 elternunabhängiger gestalten und das Einkommen der Geschwister aus der
544 Berechnung herausnehmen. Die Wohnkostenpauschale soll den ortsüblichen Mieten
545 angepasst werden. Mögliche Förderlücken zwischen Anträgen müssen vermieden
546 werden. Für Berufstätige, die beispielsweise einen Meister machen wollen,
547 reformieren wir das Aufstiegs-BAföG und ermöglichen den Bezug des
548 Unterhaltszuschusses auch in Teilzeit, die Förderung gleichwertiger
549 Fortbildungsabschlüsse und von Orientierungsstudienphasen sowie ein vollständig
550 digitalisiertes Antragsverfahren. Für internationale Studierende und Geflüchtete
551 wollen wir sinnvolle Erleichterungen für die Aufnahme eines Studiums prüfen.

552 Wohnen ist eine entscheidende Voraussetzung, um eine Ausbildung oder ein Studium
553 erfolgreich zu absolvieren. Für mehr bezahlbaren, inklusiven und barrierefreien
554 Wohnraum möchten wir den Bau sowie die Sanierung von Wohnheimen über das von uns
555 in der laufenden Wahlperiode aufgelegte Programm „Junges Wohnen“ verstetigen und
556 weiter fördern. Dabei achten wir darauf, dass jede und jeder über
557 Unterstützungsangebote informiert wird und diese wahrnehmen kann. Auszubildende
558 nehmen wir dabei verstärkt in den Fokus.

559 Wir werden die Angebote der Alphabetisierung und Grundbildung ausbauen.
560 Veränderungen in allen Berufsfeldern machen Fort- und Weiterbildungen auch
561 abseits der klassischen Bildungswege unverzichtbar. Daher stärken wir die oft
562 unterschätzte Säule des Bildungssystems: lebenslanges Lernen.

563 Für eine starke Hochschul- und Wissenschaftslandschaft

564 Hochschulen sind Orte der Bildung, Wissenschaft und Forschung. Sie sind
565 Triebfedern unserer Gesellschaft, indem sie Ideen und Lösungen für die großen
566 und die ganz konkreten Probleme unserer Zeit entwickeln. Sie sind Orte der
567 freien und kritischen Debatte und der produktiven Reibung, die entscheidende
568 Voraussetzung für wissenschaftlichen Fortschritt und den Bestand einer
569 demokratischen Gesellschaft sind.

570 Studium und Lehre fördern auch die Persönlichkeitsentwicklung. Gute Ausstattung
571 und Arbeitsbedingungen, Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt fördern den
572 gerechten Zugang.

573 Mit einer „Innovationsinitiative Zukunfts-Campus“ wollen wir Hörsäle, Labore,
574 Mensen und Bibliotheken, die oftmals baufällig oder veraltet sind, gemeinsam mit
575 den Ländern klimagerecht modernisieren und zu resilienten Experimentierräumen
576 für den nachhaltigen, digitalen Wandel machen. Wir wollen sie mit sozialer
577 Infrastruktur auch als Lern- und Lebensorte weiter entwickeln. Das digitale
578 Lehren und Lernen wollen wir unterstützen.

579

580 Die bestehenden Bund-Länder-Pakte für Hochschule, Wissenschaft und Forschung
581 wollen wir fortführen, weiterentwickeln und gezielt ergänzen.

582 Eine gute Grundfinanzierung, die Planungssicherheit schafft, stärkt die
583 Hochschulen als Orte von Bildung, guter Arbeit und innovativer Forschung. Wenn
584 sie richtig eingesetzt werden und die tatsächlich anfallenden Kosten abdecken,
585 können Drittmittel zusätzliche Dynamiken entfachen. Daher wollen wir die
586 Programm- und Projektpauschalen erhöhen und Bürokratie abbauen, damit sich
587 Wissenschaftler*innen auf ihre Arbeit konzentrieren können.

588 Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend für eine chancengerechte,
589 zukunfts feste Wissenschaft. Wir wollen den Anteil befristet Beschäftigter, vor
590 allem nach der Promotion, deutlich senken und dafür sorgen, dass Daueraufgaben
591 auf Dauerstellen bearbeitet werden. Dafür wollen wir wissenschaftliche
592 Qualifikation als Sachgrund für Befristungen enger fassen, alternative
593 Berufswege neben der Professur stärken sowie moderne Governance- und
594 Personalstrukturen schaffen. Diesen Wandel wollen wir in einem Programm
595 gemeinsam mit den Ländern fördern. Die derzeit bestehende Tarifsperre wollen wir
596 abschaffen sowie wissenschaftliche Arbeit und Familie besser vereinbar machen,
597 u.a. durch eine feste Verankerung der Vereinbarkeit in wissenschaftlichen
598 Qualifikationswegen. Wir wollen Frauen in der Wissenschaft gezielt fördern und
599 Machtmissbrauch und Diskriminierung entgegenwirken.

600 Auch in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen wollen wir den
601 internationalen Austausch der Wissenschaft fördern und vereinfachen, etwa durch
602 schnellere Visavergaben, die Stärkung der Mittlerorganisationen und bessere
603 Beratung für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir wollen mehr Menschen
604 den akademischen und beruflichen Austausch über Erasmus+ ermöglichen.

605

606 Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Grundlage verantwortungsbewusster

607 Politik, und es ist zugleich Aufgabe der Politik, die Wissenschaftsfreiheit zu
608 verteidigen. Unter anderem bedeutet dies, dass Entscheidungen über
609 Forschungsförderung ausschließlich wissenschaftlichen Kriterien und nicht
610 politischem Kalkül folgen. Der Verächtlichmachung ganzer Forschungsfelder, wie
611 etwa der Klima- oder Geschlechterforschung, stellen wir uns entschieden
612 entgegen, stärken die Wissenschaftskommunikation und schützen Betroffene vor
613 Anfeindungen, Ausgrenzung oder Boykott aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder
614 Staatsangehörigkeit.

615 **C. Mitten im Leben - in jeder Lebensphase**

616 **Für starke Familien**

617 Eltern mit Kindern stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Steigende Kosten,
618 die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, besonders die Verantwortung
619 Alleinerziehender, die Angst nicht mehr mitzukommen – all das bereitet Sorgen.
620 Und die vielerorts mangelnde Kinderbetreuung kommt als weitere Belastung hinzu.
621 Alle Familien sollen sich daher auf gute und unterstützende Rahmenbedingungen
622 verlassen können. Dafür braucht es finanzielle Unterstützung, die Familien
623 fördert und in schwierigen Lebensphasen Sicherheit gibt.

624 Kindergeld und Kinderfreibetrag sind die Basis für die Unterstützung von
625 Familien. Mit der stärksten Erhöhung des Kindergeldes in den vergangenen 30
626 Jahren und der Einführung des Sofortzuschlags, konnten wir Millionen von
627 Familien auf dem Höhepunkt der Inflation gezielt entlasten. Um der Ungleichheit
628 der Entlastung zwischen Kinderfreibetrag und Kindergeld entgegenzuwirken, wollen
629 wir zunächst die Höhe des Kindergeldes gesetzlich an die regelmäßige Erhöhung
630 des Kinderfreibetrages koppeln. Perspektivisch gleichen wir die Entlastung von
631 Familien über Kindergeld und Kinderfreibetrag an, denn alle Kinder sollen das
632 gleiche Maß an finanzieller Unterstützung erhalten - egal wieviel ihre Eltern
633 verdienen.

634 Familienplanung ist ein Menschenrecht. Damit alle Frauen und Männer frei
635 entscheiden können, ob und wann sie Kinder bekommen, setzen wir uns für einen
636 unbürokratischen und kostenfreien Zugang zu ärztlich verordneten
637 Verhütungsmitteln für Empfänger*innen von staatlichen Transferleistungen und
638 Geringverdiener*innen ein. Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte
639 Zugang zu Verhütungsmitteln für alle gelten. Mit dem Start ins Familienleben
640 stellen viele Paare bereits die Weichen für die spätere Aufgabenteilung. Teilen
641 sich Eltern ihre Elternzeit gerecht auf, setzt sich das häufig später auch in
642 der familiären Aufgabenverteilung fort. Nehmen sich Väter Zeit für ihre Kinder,
643 kehren Mütter früher und mit höherem Stundenumfang zurück in den Beruf. Das
644 verschafft ihnen finanzielle Freiheit und sichert Fachkräfte. Die Elternzeit
645 möchten wir deshalb so gestalten, dass mindestens jeweils ein Drittel der Zeit
646 von jedem Elternteil genutzt werden kann. Damit setzen wir Anreize für eine
647 partnerschaftlichere Aufteilung. Auch Pflegeeltern sollen Elterngeld erhalten.
648 Den Mindest- und Höchstbetrag, der seit der Einführung des Elterngeldes im Jahr

649 2007 unverändert ist, wollen wir auf 500 bzw. 2.400 Euro erhöhen. Zusätzlich
650 werden wir die Ersatzrate für geringe Einkommen anheben.

651 Wir werden mit einer Familienstartzeit entsprechend der Regelungen der
652 Europäischen Union Vätern und Co-Müttern die Möglichkeit geben, sich die ersten
653 zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes mit einer Lohnersatzleistung von der
654 Arbeit freizustellen. Diese Möglichkeit soll es auch für Alleinerziehende geben
655 und möglichst unbürokratisch bezogen werden können. So können Eltern gemeinsam
656 ins Familienleben starten. Durch die Einführung eines gestaffelten
657 Mutterschutzes wollen wir Frauen, die eine Fehlgeburt erleiden, besser
658 unterstützen, wenn sie dies möchten.

659 Für selbstständige Frauen ist der Sprung in die Familiengründung oft mit
660 besonderem Wagnis verbunden. Doch auch sie brauchen Sicherheit und Schutz bei
661 der Familiengründung. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Selbstständige die
662 Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden.
663 Hierzu sollen sich künftig auch Selbstständige an der dafür vorgesehenen
664 Umlagefinanzierung beteiligen.

665 Wir wollen Eltern vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt besser schützen, zum
666 Beispiel auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Auch über 2025
667 hinaus sollen Eltern jeweils an 15 Tagen Kinderkrankengeld beziehen können,
668 Alleinerziehende an 30 Tagen. Die Altersgrenze wollen wir auf 14 Jahre anheben.

669 Allein- und getrennt erziehende Familien leben in vielfältigen Konstellationen.
670 Viele Alleinerziehende stemmen Kinderbetreuung, Job und Haushalt und kommen
671 finanziell kaum über die Runden. Wir wollen Alleinerziehenden den Rücken stärken
672 und ihre Armutsrisiken minimieren. Dafür bauen wir den bestehenden Freibetrag
673 für Alleinerziehende zu einer Steuergutschrift aus, wovon besonders kleine und
674 mittlere Einkommen profitieren. Das Kindergeld rechnen wir nur noch zur Hälfte
675 auf den Unterhaltsvorschuss an. So unterstützen wir Alleinerziehende und ihre
676 Kinder gezielt. Insbesondere für junge Alleinerziehende mit kleinen Kindern
677 wollen wir die Arbeitsmarktchancen verbessern – mit Ansprüchen auf Beratung und
678 Qualifizierungsmaßnahmen. Wächst ein Kind in einer Trennungsfamilie bei beiden
679 Elternteilen auf, wollen wir den sogenannten Umgangsmehrbedarf im Steuer- und
680 Sozialrecht berücksichtigen. Eine Festlegung auf ein Betreuungsmodell nach
681 Trennung der Eltern als Regelfall lehnen wir ab. Vielmehr muss dieses dem
682 Einzelfall angemessen und am Kindeswohl orientiert sein.

683

684 Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich
685 füreinander sorgen zu können, in dem wir das Modell der
686 Verantwortungsgemeinschaft einführen, in gleicher Weise wie im bisherigen
687 Koalitionsvertrag vorgesehen.

688 **Für die Teilhabe der Jüngsten – gegen Kinderarmut**

689 Kinderarmut bedeutet Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere
690 Bildungschancen. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut oder ist
691 armutsgefährdet. Wir sind fest davon überzeugt, dass es keine Rolle spielen
692 darf, in welchem Elternhaus ein Kind aufwächst oder woher es kommt.

693 Mit der von uns angestoßenen breiten öffentlichen Debatte über Kinderarmut in
694 Deutschland haben wir es geschafft, dass mehr Familien als bisher ihnen
695 zustehende Leistungen wie den Kinderzuschlag auch tatsächlich beantragen und
696 erhalten. Auch konnten sich Millionen von Familien über die stärkste Erhöhung
697 des Kindergeldes in den vergangenen 30 Jahren und die Einführung des
698 Sofortzuschlags freuen.

699 Allerdings werden Leistungen für Kinder weiterhin nicht von allen
700 Anspruchsberechtigten abgerufen. Deshalb müssen sie einfacher, digitaler,
701 bürgerfreundlicher und transparenter werden. Das gilt insbesondere für den
702 bisherigen Kinderzuschlag und die Leistungen der Bildung und Teilhabe, deren
703 direkte Abrufung durch beispielsweise Schulen, Sportvereine oder Musikschulen
704 wir erleichtern wollen. Deshalb wollen wir schnellstmöglich eine
705 Kindergrundsicherung einführen. Mit ihr wollen wir Antragsverfahren weiter
706 verschlanken und stetig automatisieren, damit Kinder und ihre Familien die ihnen
707 zustehenden Leistungen auch tatsächlich erhalten. Eltern müssen von Anfang an,
708 bei Geburt ihres Kindes, über ihre Ansprüche durch den Staat informiert werden.
709 Dazu führen wir einen Kindergrundsicherungs-Check ein, der prüft, in welcher
710 Höhe ein Kind Ansprüche auf Unterstützung hat und die Familien aktiv darüber
711 informiert. Wir machen aus der Holschuld der Eltern eine Bringschuld des Staates
712 für die Absicherung aller Kinder.

713 Für den Kampf gegen Kinderarmut wollen wir neben der Modernisierung der
714 Verwaltung zudem eine armutsfeste Neuberechnung des soziokulturellen
715 Existenzminimums für Kinder sowie eine bessere Unterstützung und Entlastung von
716 Alleinerziehenden bei der Anrechnung von Unterhalt und Einkommen. Zusammen mit
717 den Ländern und Kommunen wollen wir außerdem auch für mehr Chancengleichheit im
718 Hinblick auf Mobilität, Lehrmittel und Wohnkosten sorgen. Den nationalen
719 Aktionsplan "Neue Chancen für Kinder in Deutschland" werden wir finanziell
720 unterfüttern, um benachteiligte Kinder zu unterstützen.

721 **Für einen guten Start der jungen Generation**

722 Junge Menschen mussten in der Pandemie für die älteren und vulnerablen Teile
723 unserer Gesellschaft zurückstecken und auf vieles verzichten. Die großen
724 Herausforderungen der vergangenen Jahre haben sie besonders gespürt. Deswegen
725 legen wir ein besonderes Augenmerk darauf, der jungen Generation Gehör zu
726 verschaffen, sie zu unterstützen und zu entlasten, sie in ihren Rechten zu
727 stärken und ihre Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen.

728 In den vergangenen Jahren sind viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit vor
729 Ort weggebrochen. Damit sind besonders im ländlichen Raum wichtige
730 Begegnungsorte verloren gegangen. Mit einem Sonderprogramm wollen wir über zehn
731 Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit
732 aufzubauen und zu stärken. Die Mittel des Kinder- und Jugendplans, dem zentralen
733 Förderinstrument für Jugendarbeit und Jugendhilfe, und für die Frühen Hilfen,
734 die niedrigschwelligen Angebote für Familien mit kleinen Kindern in belasteten
735 Lebenslagen, wollen wir aufstocken und den Bedarfen entsprechend kontinuierlich
736 anpassen. Dabei wollen wir feministische Mädchen- und Jungenarbeit sowie

737 queersensible Angebote besonders fördern und sichere und selbst gestaltete
738 Jugendorte im öffentlichen Raum schaffen. Für alle Jugendlichen soll es sichere
739 und selbst gestaltete Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum geben.

740 Jugendverbände, die sich für Integration und Demokratie und gegen Antisemitismus
741 und Rassismus einsetzen, wollen wir gezielt unterstützen und Mehrsprachigkeit
742 als eine wertvolle Kompetenz fördern und damit jungen Menschen unabhängig von
743 Herkunft oder Aufenthaltsstatus faire Chancen und Teilhabe bieten.

744 Die psychische Gesundheit junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren
745 verschlechtert. Das nehmen wir ernst. Mit den Mental Health Coaches und ihren
746 Gruppenangeboten an weiterführenden Schulen konnten wichtige Anlaufstellen
747 geschaffen werden, die wir ausbauen wollen. Dabei legen wir besonderen Fokus auf
748 Schulen mit besonderen Bedarfen, wie den Startchancenschulen. Bewährte
749 Anlaufstellen, wie die Nummer gegen Kummer und andere Beratungsstellen, brauchen
750 eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung.

751

752 Wir wollen Kinder und Jugendliche vor den psychischen und sozialen Risiken der
753 exzessiven Nutzung sozialer Medien besser schützen. Junge Menschen haben ein
754 Recht auf sichere Teilhabe im Netz, das wir stärken wollen. Manipulative
755 Algorithmen von Social Media-Plattformen wollen wir strenger regulieren.
756 Algorithmen, die gezielt darauf ausgerichtet sind, unsere Kinder süchtig zu
757 machen, werden wir nicht dulden. Eltern unterstützen wir mit Voreinstellungen
758 für sichere Dienste und Geräte (kids-safety-by-default) sowie
759 Datenschutzregelungen, die die Privatsphäre von Kindern und Jugendlichen
760 schützt. Gleichzeitig soll ein Bürgerrat unter Einbeziehung von Kindern und
761 Jugendlichen zu aktuellen Fragen des digitalen Kinder- und Jugendschutzes
762 eingesetzt werden. Ziel ist es, bis Ende der Wahlperiode ein weiteres
763 Maßnahmenpaket im Deutschen Bundestag zu beschließen.

764 Wir setzen uns für mehr Freiräume und Ressourcen für jugendliches Engagement
765 ein. Dazu gehören Förderprogramme, Vernetzungsangebote und die Anerkennung
766 ehrenamtlicher Arbeit. Wichtig ist, dass wir Verbesserungen für junge Menschen
767 mit jungen Menschen zusammen gestalten und sie stärker beteiligen und
768 einzuplanen, beispielsweise auch bei Vorhaben der Stadtentwicklung. Damit junge
769 Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam einbringen und einfordern können,
770 wollen wir neben Beteiligungsgremien, wie Kinder- und Jugendparlamente,
771 insbesondere auf kommunaler Ebene, auch niedrigschwelligere Formate, die Kindern
772 und Jugendlichen offen stehen, auch ohne vorher für eine Wahl anzutreten,
773 stärken. Viele politische Strukturen sind nicht auf junge Menschen ausgerichtet.
774 Deshalb unterstützen wir jugendgerechte Formate. Dazu gehören digitale
775 Beteiligungsmöglichkeiten, Aufwandsentschädigungen und eine verständliche
776 Kommunikation. Politik muss für alle jungen Menschen zugänglich sein -
777 unabhängig von der Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten. Parteiübergreifend
778 wollen wir darauf hinarbeiten, emanzipatorische, entlang der Vorgaben der UN-
779 Kinderrechtskonvention Kinderrechte endlich ins Grundgesetz zu schreiben. Im neu
780 aufgelegten Jugendcheck, wollen wir relevante Entscheidungsvorlagen systematisch
781 auf ihre Konsistenz und Vereinbarkeit mit diesen Rechten und der

782 Zukunftsgerechtigkeit prüfen. Nach der Absenkung des Wahlalters für die
783 Europawahlen, wollen wir in einem nächsten Schritt, dass junge Menschen ab 16
784 Jahren auch bei der nächsten Bundestagswahl mitentscheiden dürfen.

785 Mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII sorgen wir dafür, dass
786 alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale
787 Ansprechstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden. Junge
788 Menschen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir im Übergang ins
789 Erwachsenenleben besser unterstützen und Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung
790 fördern.

791 Junge Menschen haben das Anrecht auf einen besonderen Schutz. Besonders wichtig
792 sind der Schutz und ein entschiedenes Vorgehen gegen sexualisierte und jede
793 andere Form der Gewalt. Wir werden die vorhandenen Strukturen zum Kinder- und
794 Jugendschutz mit einem ganzheitlichen Ansatz stärken und wissenschaftlich
795 fundiert weiterentwickeln. Maßnahmen denken wir vom Kind aus – durch einheitliche
796 Kinderschutzstandards, gesetzlich geregelte Mindeststandards für
797 Gutachter*innen, eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Unabhängigen
798 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Strafverfolgung durch
799 die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Löschungen
800 von Missbrauchsdarstellungen sowie Prävention in Schule, Jugendhilfe und
801 Familie. Um Gewalt gegen Kinder zu verhindern, bevor sie geschieht, setzen wir
802 uns zudem für täterbasierte Primärprävention ein.

803 **Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter**

804 Ältere Menschen stehen mitten im Leben – heute mehr denn je. Ältere sind
805 wichtige Säulen in unserer Gesellschaft. In unzähligen Vereinen,
806 Nachbarschaftstreffs und Initiativen teilen sie ihre Zeit, Erfahrung und
807 Lebensklugheit und bringen sich durch ihr Ehrenamt ein. Großeltern unterstützen
808 in der Kinderbetreuung und sorgen in vielen Familien dafür, dass Kinder, Beruf
809 und andere Verpflichtungen gut miteinander vereinbart werden können. Das
810 schätzen wir.

811 Engagementstrukturen für Ältere wollen wir ausbauen, damit sich auch diejenigen
812 einbringen können, die bislang schwerer Zugang finden. Und wir erleichtern den
813 selbstbestimmten Übergang vom Arbeitsleben in den Rentenbezug durch flexiblere
814 Übergänge und investieren in Präventions- und Rehamaßnahmen. Das ist auch ein
815 wichtiger Beitrag gegen Einsamkeit im Alter. In den vergangenen Jahren ist es
816 gelungen, das Thema Einsamkeit aus der Tabuecke zu holen. Mit der nationalen
817 Strategie gegen Einsamkeit binden wir auch Länder, Kommunen und Verbände ein.

818 Wir unterstützen altersfreundliche Städte und Gemeinden nach dem WHO-Konzept, da
819 sie das selbstbestimmte Leben aller Generationen erleichtern, auch mit dem Ziel
820 Unterstützung und Pflege vor Ort im Quartier vorzuhalten. Breite Fußwege,
821 öffentliche Toiletten und barrierefreie Zugänge kommen allen gleichermaßen
822 zugute. Mehrgenerationenhäuser sind wichtige Treffpunkte für Jung und Alt und
823 sorgen für Zusammenhalt und Gemeinschaft, die wir unterstützen wollen. Doch auch
824 das Mehrgenerationenwohnen, das gemeinschaftliches Wohnen mehrerer Generationen

825 zum Ziel hat, wollen wir fördern und den Ausbau von barrierefreiem,
826 kostengünstigem Wohnraum vorantreiben.

827 Angebote zur Beratung für von Altersarmut betroffenen Menschen wollen wir
828 ausbauen.

829 Damit auch ältere Menschen die vielfältigen Möglichkeiten der digitalen Welt
830 nutzen können, arbeiten wir an Strukturen, die digitale Kenntnisse vermitteln
831 oder erneuern können und stellen wir sicher, dass digitale Angebote barrierefrei
832 zugänglich sind. Wir setzen uns für Pförtner- und Lotsendienste ein und arbeiten
833 an Strukturen, die digitale Kenntnisse vermitteln oder erneuern können. Mit
834 Maßnahmen, wie dem DigitalPakt Alter sorgen wir dafür, dass Ältere lange
835 selbstbestimmt und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Wir
836 wollen sicherstellen, dass trotz fortschreitender Digitalisierung die Teilhabe
837 aller Menschen gewährleistet bleibt. Wir wollen die Forschung auch finanziell
838 fördern und stärker zentrieren, um Kompetenzen und Entwicklungspotenziale zu
839 stärken.

840 Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Das Recht auf
841 selbstbestimmtes Leben
842 schließt – nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – selbstbestimmtes
843 Sterben frei von Druck ein. Unser Ziel ist es, dass dieses Urteil in der Praxis
844 umgesetzt werden kann.

845 **D. In jeder Lebensphase abgesichert**

846 **Für eine gute Gesundheitsversorgung überall**

847 Viele Menschen in Deutschland spüren, dass unser Gesundheitssystem an seine
848 Grenzen stößt: Haus- und Fachärzt*innen sind oft schwer erreichbar, wichtige
849 Medikamente fehlen in Apotheken, Notaufnahmen sind überfüllt und
850 Krankenkassenbeiträge steigen. Gleichzeitig erleben Patient*innen und Angehörige
851 überlastete Pflegekräfte und Ärzt*innen, die kaum Zeit für Zuwendung und
852 Aufklärung haben. Solche Symptome der Überforderung machen deutlich: Es gibt
853 drängende Probleme in unserem Gesundheitswesen, die gelöst werden können und
854 müssen.

855 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Deutschland auf eine gute wie auch
856 bezahlbare Gesundheitsversorgung und Pflege verlassen können. Dabei müssen wir
857 die Ausgaben solidarisch schultern, ohne dass die Versicherten überlastet
858 werden, während andere sich einer gerechten Verantwortungsverteilung entziehen
859 und auch die steigenden Kosten wieder in den Griff bekommen.

860 Unser Ziel ist klar: Patient*innen sollen zur richtigen Zeit die richtige
861 Versorgung am richtigen Ort erhalten. Um das zu erreichen, braucht es eine
862 bessere Steuerung und Organisation, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen
863 der Menschen orientiert. Statt Patient*innen lange und aufwendig mit der Suche
864 nach passenden Behandlungsterminen allein zu lassen, wollen wir insbesondere
865 auch auf die stärkere Nutzung von Telemedizin, Digitalisierung und einer guten
866 Allgemeinmedizin setzen. Praxen sollen aber auch weiterhin niedrigschwellig

867 erreichbar sein. Deshalb werden wir die hausärztlich-zentrierte Primärversorgung
868 stärken, um eine bessere Behandlungsqualität und Effizienz zu erreichen. Wir
869 wollen die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Ärzt*innen und Angehörigen
870 anderer Gesundheitsberufe wie z.B. Community Health Nurses, Hebammen und
871 Pflegekräften weiter vorantreiben. Neben privat geführten Medizinischen
872 Versorgungszentren (MVZ) und Eigeneinrichtungen der Kassenärztlichen
873 Vereinigungen (KVen) wollen wir auch die vermehrte Gründung von kommunalen MVZ
874 und Primärversorgungszentren fördern, in denen soziale Beratung integriert
875 wird. Wir werden gesetzlich nachsteuern, damit unser Gesundheitswesen inklusiv
876 und barrierefrei wird.

877 Und wir wollen das Vertrauen von Patient*innen zu den Ärzt*innen durch mehr und
878 bessere Beratung und Informationen stärken und entsprechend fördern.

879 Unterversorgte Gebiete wollen wir noch wirksamer unterstützen. Die Verteilung
880 von niedergelassenen Ärzt*innen muss besser organisiert und enger mit der
881 Krankenhausplanung der Länder verknüpft werden. Gleichzeitig wollen wir dafür
882 sorgen, dass alle Versicherten einen gleichwertigen Zugang zur Versorgung haben.
883 Die bestehende Trennung der Finanzierungssysteme von ambulanter und stationärer
884 Versorgung wollen wir überwinden und stärkere Vernetzung von ambulanten und
885 stationären Angeboten im Gesetz verankern, um bessere Kooperation und
886 Koordination zu fördern. Wir sorgen für eine gute Versorgung vor Ort: mit
887 niedrigschwelligen Gesundheitskiosken ermöglichen wir wohnortnahe Beratung und
888 mit Gesundheitsregionen schaffen wir Verbünde von Krankenhäusern,
889 niedergelassenen Ärzt*innen und Versorgungszentren in denen alle
890 Gesundheitsberufe zusammenarbeiten. Und wir wollen wissenschaftliche Maßnahmen
891 ergreifen, um Fehl- und Überversorgung abzubauen, zum Beispiel durch den Ausbau
892 von Zweitmeinungsverfahren. Abrechnungsbetrug und Fehlverhalten im
893 Gesundheitswesen werden wir zusammen mit den Ländern wirkungsvoller begrenzen.

894 Gesundheitsfachberufe und Vertragsärzt*innen wollen wir von unnötiger Bürokratie
895 und überflüssigen Regressverfahren entlasten und den Sprechstundenanteil für
896 gesetzlich Versicherte erhöhen, damit Patient*innen schneller Termine erhalten.
897 Abrechnungssysteme entwickeln wir weiter.
898 Wir wollen die Patientenorientierung im Gesundheitssystem verbessern und dafür
899 einen Anspruch auf Patientenlotsen sowie einen besseren Zugang zu laufenden
900 Forschungs- und Studienprogrammen schaffen. Das Patientenrechtegesetz entwickeln
901 wir weiter, um Patient*innen nach Behandlungsfehlern zu stärken und das Personal
902 vor Organisationsfehlern besser zu schützen.

903 Außerdem legen wir besonderen Fokus auf ein barrierefreies und inklusives
904 Gesundheitssystem im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wollen die
905 Selbsthilfe weiter stärken und die Patient*innenbeteiligung in der
906 Selbstverwaltung des Gesundheitswesens ausbauen.

907 Die Umsetzung der Krankenhausreform werden wir weiter vorantreiben und gemeinsam
908 mit den Ländern umsetzen. Wo erforderlich werden wir diese für eine bestmögliche
909 Versorgung der Patient*innen weiterentwickeln, insbesondere im Hinblick auf
910 bestmögliche Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität sowie eine sachgerechte
911 Vorhaltevergütung. Wir werden weiter darauf achten, dass sich auch die privaten

912 Versicherungen an den Transformationskosten beteiligen. Oberste Priorität hat
913 für uns dabei, dass sich Menschen in unserem Land darauf verlassen können, eine
914 gute Grund- und Notfallversorgung überall erreichen zu können und in
915 spezialisierten Zentren in bester Qualität versorgt zu werden. Ziel muss es
916 deshalb auch sein, umgehend eine umfassende Reform der Notfallversorgung
917 einschließlich des Rettungsdienstes auf den Weg zu bringen.

918 Wir wollen die Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen dabei unterstützen ihre
919 Gebäude an die Klimakrise anzupassen. Wir setzen uns dafür ein, ökologische und
920 ökonomische Prozessoptimierungen mit einer digitalen Transformation zu
921 verbinden. So schaffen wir ein Gesundheitssystem, das nicht nur effizienter und
922 kostenschonender arbeitet, sondern auch bessere Arbeitsbedingungen für das
923 Personal bietet und eine hochwertige Versorgung für alle gewährleistet.

924 Angesichts instabiler Lieferketten wollen wir, dass wichtige
925 Arzneimittelwirkstoffe wieder stärker in Deutschland oder Europa produziert
926 werden. Bei unverzichtbaren Medikamenten der Grund- und Notfallversorgung ist es
927 unser Ziel, bessere Vergütungsregelungen zu etablieren. Die Finanzierung der
928 Apotheken wollen wir im Hinblick auf die Sicherstellung einer guten,
929 flächendeckenden und effizienten Versorgung reformieren und gleichzeitig den
930 Heilberuf der Apotheker*innen auch durch erweiterte Möglichkeiten von
931 Telepharmazie oder niedrigschwelliger Impfangebote stärken. Für
932 Gesundheitsberufe etwa in der Physio-, Logo- und Ergotherapie, sowie in der
933 Pflege und im Rettungsdienst wollen wir mehr Kompetenzen zur eigenständigen
934 heilkundlichen Behandlung. Durch ein eigenes Heilberufegesetz wollen wir die
935 Qualität der Versorgung weiter fördern und darin auch weitere
936 qualitätsgesicherte Heilberufe integrieren und deren weitere Akademisierung
937 regeln. In der Geburtshilfe werden wir die flächendeckende Versorgung fördern und
938 für alle Hebammen bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechte Bezahlung sowie für
939 die zu Betreuenden größtmögliche Sicherheit schaffen. Wir setzen uns für den
940 Ausbau der Hebammengeleiteten Kreissäle ein. Wir nehmen das Thema Gewalt in der
941 Geburtshilfe ernst. Wir werden uns für Aus- und Weiterbildungen sowie einen
942 bessere Ausstattung der Geburtshilfeinrichtungen stark machen. Zu einer guten
943 medizinischen Versorgung gehört, dass jede Frau Zugang zu
944 Schwangerschaftsabbrüchen bekommt, um eine selbstbestimmte Entscheidung zu
945 treffen.

946 Wir setzen uns für eine Novellierung der Approbationsordnungen des Pharmazie-
947 und Medizinstudiums ein.

948 Wir wollen die Überlebenschancen bei Herzstillstand durch
949 Wiederbelebungstrainings in Grund- und Oberschulen, am Arbeitsplatz,
950 deutschlandweit vernetzte Erst-Helfer-Apps und Laien-Defibrillatoren an
951 öffentlichen Orten erhöhen.

952 Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen werden wir weiter verbessern und
953 hierbei auch auf eine verlässliche Arzneimittelversorgung und den Abbau von
954 Versorgungslücken bei Kinderärzt*innen und -psychotherapeut*innen achten.

955 In den ländlichen Regionen – gerade in in den ostdeutschen Bundesländern – ist
956 das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen.

957 Darauf müssen wir reagieren. Daher schaffen wir zusätzliche Programme für
958 Gemeindeggesundheitspfleger*innen, und stärken bestehende Angebote, wie die
959 Gemeindegschwester und „Medizin auf Rädern“. Dafür unterstützen wir die Länder
960 bei der Sicherung der Pflege-Studiengänge, die hierfür Voraussetzung sind.
961 Gleichzeitig fördern wir den Einsatz spezialisierter Pflegefachkräfte, die
962 quartiersbezogen, zum Beispiel in Primärversorgungszentren, arbeiten.
963 Auch bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen müssen wir schneller
964 vorankommen. Die Zettelwirtschaft schaffen wir endgültig ab. Durch den Einsatz
965 von digitalen Lösungen und evidenzbasierter KI tragen wir auch zum Abbau
966 unnötiger Bürokratie bei. Deshalb wollen wir beispielsweise den digitalen
967 Mutter- und Impfpass, das digitale Vorsorgeheft sowie die Bereitstellung
968 wichtiger medizinischer Informationen wie Röntgenbilder und Laborbefunde in der
969 elektronischen Patientenakte schnellstmöglich einführen. Wir schaffen dort, wo
970 dies medizinisch sinnvoll und möglich ist, die Voraussetzungen für eine
971 vollständig digitalisierte Dokumentation der Behandlung. Dabei gewährleisten wir
972 einen hohen Schutzstandard für die sensiblen Patientendaten und stärken ihre
973 Handlungsautonomie. Das Patient*innengeheimnis und die ärztliche Schweigepflicht
974 müssen auch digital gewahrt bleiben. Die letztgültige Entscheidung über
975 medizinische Therapien bleibt auch beim Einsatz von KI immer dem menschlichen
976 Fachpersonal vorbehalten. Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und
977 effizienter laufen könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient*innen erhöht
978 werden, auch durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Wir haben die Nutzung
979 von Daten für Forschung und Versorgung verbessert und werden diesen Weg
980 fortsetzen, um die Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen zu steigern. Dafür
981 werden wir ein medizinisches Registergesetz zur Verbesserung der
982 Datenverfügbarkeit und Datenqualität im Sinne des Gemeinwohls auf den Weg
983 bringen. Durch die verbesserte Datenlage wollen wir auch den Gender-Health-Gap
984 weiter schließen und endlich alle Geschlechter gleichermaßen gut im System
985 versorgen. Geschlechtsspezifische Aspekte der medizinischen Versorgung sollen
986 darüber hinaus in der Projektförderung zur medizinischen Forschung stärker
987 berücksichtigt werden. Die Forschung zu geschlechtsspezifischen Aspekten der
988 Medizin wollen wir allgemein stärken.

989

990 Organspende rettet Leben. Viele Menschen, die auf der Warteliste für eine
991 Organtransplantation stehen, sterben, weil für sie kein Spenderorgan zur
992 Verfügung steht. Wir stehen hinter der Einführung einer Widerspruchsregelung und
993 der weiteren Verbesserung der Strukturen in der Transplantationsmedizin. Wir
994 setzen uns dafür ein, dass die Mitglieder des Bundestages zeitnah im Rahmen des
995 Gruppenverfahrens in freier Entscheidung über die Frage der Einführung
996 abstimmen.

997 **Für eine verlässliche und würdige Pflege**

998 Alle pflegebedürftigen Menschen sollen die Pflege erhalten, die sie benötigen,
999 egal ob durch Fachkräfte oder nahestehende Mitmenschen, ob zu Hause oder in
1000 einer Einrichtung. Wir wollen, dass Menschen sich darauf verlassen können,
1001 solange und so weit wie möglich über ihre Pflege selbst zu bestimmen und

1002würdevoll behandelt zu werden, wenn sie der Pflege bedürfen. Durch eine gute
1003Versorgung mit Hilfsmitteln und Barrierefreiheit erhöhen wir dabei die
1004Selbständigkeit und entlasten die Pflegenden. Wir wollen Angebote im Quartier,
1005also vor Ort, fördern und so auch Pflegebedürftigkeit hinauszögern. Wir schaffen
1006den gesetzlichen Rahmen dafür, dass Länder und Kommunen mehr Möglichkeiten
1007erhalten, die pflegerische Versorgung vor Ort verbindlich zu planen und zu
1008gestalten.

1009Für uns ist es wichtig, dass die Pflege wieder bezahlbar wird. Wer nichts
1010ansparen konnte oder anderweitig vorgesorgt hat, soll nicht regelhaft auf
1011Sozialhilfe angewiesen sein, weil die Pflegekosten über längere Zeiträume sehr
1012teuer geworden sind. Deshalb haben wir die Leistungen der Pflegeversicherung
1013erhöht und sorgen weiter für dringend benötigte Entlastung der
1014Pflegebedürftigen. Die Verbesserung der Finanzierung ambulanter Pflegeangebote
1015und Pflege-Wohngemeinschaften treiben wir voran.

1016Wir wollen sowohl die Situation der pflegebedürftigen Menschen als auch
1017derjenigen verbessern, die selbst Angehörige oder nahestehende Personen pflegen.
1018Eine Aufgabe, die erfüllend sein kann, aber auch Kraft und Zeit kostet und ohne
1019die die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland nicht möglich
1020wäre. Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege reduziert, braucht finanzielle
1021Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen
1022Einkünfte. Auch Beiträge für die Rente der pflegenden Angehörigen müssen
1023übernommen werden. Die Leistung soll so ausgestaltet sein, dass mehrere Personen
1024sich die Pflege teilen können. Berufliche Freistellungen sollen besser und
1025flexibler möglich sein. So wie es zur guten Vereinbarkeit von Kindern und Beruf
1026ausreichend Kita-Plätze braucht, müssen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege
1027und Beruf die Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege gestärkt und ausgebaut
1028werden. Das stärkt einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von
1029Angehörigen und schafft andererseits attraktive Arbeitsbedingungen in der
1030Langzeitpflege jenseits von Schichtarbeit. Pflegebedürftige sollen Pflege,
1031therapeutische Leistungen oder Unterstützung bei der Haushaltsführung von
1032professionellen Anbietern sowie ehrenamtlichen oder privaten Netzwerken
1033flexibler als bisher in Anspruch nehmen und miteinander kombinieren können, zum
1034Beispiel in Form eines Pflegebudgets. Ein Miteinander von professionellen
1035Anbietern, Ehrenamtlichen, privaten Netzwerken und Familien ist nötig, um
1036unterstützende Strukturen sektoren- und trägerübergreifend im Quartier zu
1037schaffen.

1038Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren
1039Patient*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job
1040verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehroffensive zurückgewinnen.
1041Hunderttausende wären dazu bereit, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern –
1042dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses
1043Potenzial wollen wir durch die weitere Umsetzung höherer Personalschlüssel, mehr
1044Kompetenzen und Eigenverantwortlichkeit für den Pflegeberuf sowie durch bessere
1045Aufstiegschancen nutzen. Wir wollen die Repräsentanz der professionellen Pflege
1046im Gemeinsamen Bundesausschuss weiter stärken. Das Studium der Pflege wollen wir

1047weiterentwickeln und stärken, um Karrieremöglichkeiten durch durchlässige
1048Weiterentwicklungswege zu fördern – von der Pflegeassistenz bis hin zu
1049akademischen Graden. Dazu gehört es, neue Rollen wie Advanced Practice Nurses
1050(APN) und Community Health Nurses (CHN) auf Masterniveau zu etablieren. Unser
1051Ziel ist eine starke berufsständische Vertretung der Pflege und eine hohe
1052Tarifbindung in der Branche. Auch die Etablierung von Pflegekammern in allen
1053Bundesländern, sehen wir als wichtiges Selbstbestimmungsorgan der Berufsgruppe
1054an. Wir wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern und die
1055Pflegeassistentenausbildung bundesweit einheitlich regeln. Bei der Ausbildung
1056wollen wir die besonderen Bedarfe der pflegebedürftigen Menschen besser
1057berücksichtigen, etwa von LSBTIQ*, Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit
1058Migrationshintergrund. Und wir wollen Dokumentationspflichten und Bürokratie in
1059der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren und die Möglichkeiten der KI zur
1060Verbesserung der Arbeitsbedingungen nutzen, damit Pflegekräfte wieder dafür Zeit
1061haben, wofür sie ihren Beruf gewählt haben: den Menschen.
1062Bundesweit werden viele tausend Pflegebedürftige zu Hause von Frauen aus dem
1063östlichen Europa („Live-Ins“) betreut. Hierfür sorgen wir für eine rechtssichere
1064Grundlage für die sog. 24-Stunden-Betreuung im familiären Bereich.

1065 **Für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung**

1066Unser Gesundheits- und Pflegesystem ist dafür da, Erkrankungen und
1067Pflegebedürftigkeit vorzubeugen, kranke Menschen zu heilen und Pflegebedürftige
1068gut zu pflegen. In den vergangenen Jahren wurden den Versicherungen jedoch viele
1069Kosten zugeschoben, die aus Steuermitteln hätten finanziert werden sollen.
1070Diesen Trend wollen wir umkehren und damit die Versicherten und die Arbeitgeber
1071von versicherungsfremden Leistungen entlasten. Dazu gehört, dass wir die
1072Finanzierung der Rentenbeiträge von pflegenden Angehörigen oder die Beiträge für
1073Empfänger*innen von Bürgergeld angemessener über den Staat finanzieren. Damit
1074bleibt auch mehr Geld im System, um in gute Gesundheit und Pflege zu
1075investieren.

1076In Zeiten steigender Pflegekosten und Versicherungsbeiträge müssen wir auch
1077dafür sorgen, dass öffentliches und beitragsfinanziertes Geld in der Versorgung
1078bleibt und für die Menschen arbeitet. Neben dem bestehenden Qualitäts- und
1079Wirtschaftlichkeitsgebot wollen wir auch das Ziel der Nachhaltigkeit stärker im
1080Sozialgesetzbuch verankern. Spekulation und hohe Renditeerwartungen, die zu
1081Lasten der Versorgungsqualität gehen, sind im Gesundheits- und Pflegebereich
1082fehl am Platz. Wir wollen daher das Prinzip der Gemeinwohlorientierung stärker
1083etablieren und öffentliche und gemeinnützige Träger fördern, denn eine
1084Profitorientierung birgt Risiken für die Versorgungsqualität und -sicherheit.
1085Den Einfluss von Finanzinvestoren begrenzen wir und stellen Transparenz über die
1086Eigentumsverhältnisse von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen her und sorgen so
1087für eine bezahlbare und gerechtere Kranken- und Pflegeversorgung.

1088Wir setzen uns für eine Finanzierung von Gesundheit und Pflege unserer
1089Gesellschaft ein, die verlässlicher und gerechter ist als der Status quo. Basis
1090hierfür ist eine faire Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. Unser

1091 Ziel ist die Bürgerversicherung , die neben den gesetzlich Krankenversicherten
1092 auch die Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich des
1093 Gesundheitssystems einbezieht. Auch in der Pflege wollen wir auf dem Weg hin zu
1094 einer Pflegebürgerversicherung mit einem Ausgleich zwischen gesetzlicher und
1095 privater Pflegeversicherung dafür sorgen, dass sich alle gerecht an der
1096 Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen. So tragen Versicherte mit finanziell
1097 starken Schultern stärker zur Finanzierung von Pflege und Gesundheit bei als
1098 solche, die nur über geringe Einkünfte verfügen. Die Beitragsbemessung werden
1099 wir reformieren und beispielsweise auch Kapitaleinnahmen zur Finanzierung
1100 unseres Gesundheits- und Pflegesystems heranziehen. Damit schützen wir auch
1101 Löhne und Gehälter vor höheren Beitragsabgaben. Um freiwillig versicherte,
1102 geringverdienende oder in Teilzeit beschäftigte Soloselbstständige besser
1103 abzusichern, werden wir die Mindestbemessungsgrenze in der
1104 gesetzlichen Krankenversicherung reformieren. Für Menschen ohne Wohnung, ohne
1105 Papiere und ohne oder mit ungeklärtem Versicherungsstatus werden wir den Zugang
1106 zur Versorgung vereinfachen, beispielsweise über anonyme Behandlungsscheine. Ein
1107 flächendeckender Ausbau der Clearingstellen sowie multiprofessionelle Teams für
1108 aufsuchende, niedrigschwellige Versorgung wohnungs- und obdachloser Menschen
1109 sind unerlässlich. Die zum Teil ehrenamtlich besetzten Anlaufstellen wollen wir
1110 ebenfalls stärker unterstützen. Auch die gesundheitliche Versorgung von
1111 Inhaftierten möchten wir verbessern.

1112 Für die Beamt*innen werden wir die Wahlfreiheit stärken und insbesondere eine
1113 pauschale Beihilfe auch für Bundesbeamt*innen einführen.

1114 **Für eine vorausschauende Gesundheitspolitik**

1115 Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine vorsorgende Politik, die die
1116 Ursachen von Krankheiten in den Blick nimmt und angeht. Prävention und
1117 Gesundheitsförderung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen
1118 Politikbereichen verfolgen und unsere Gesetzesvorhaben nach dem Prinzip des
1119 “Health in all Policies”-Ansatz daraufhin prüfen. Nach dem Grundsatz der
1120 Verhältnisprävention wollen wir Produzenten von gesundheitsschädlichen Produkten
1121 wie Tabak und Alkohol stärker an den enormen Folgekosten am Gesundheitssystem
1122 beteiligen und die Werbung für diese Produkte stärker regulieren. Dabei setzen
1123 wir uns auch für einen starken Nichtraucher*innenschutz ein, unter anderem durch
1124 die Einführung von einheitlichen, neutralen Verpackungen ohne Markenlogos. Wir
1125 wollen den öffentlichen Gesundheitsdienst durch ein eigenes Bundesinstitut
1126 stärken und dabei auch Menschen in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen
1127 in den Blick nehmen.

1128

1129 Die Aufklärungsarbeit über HIV sowie andere sexuell übertragbare Infektionen und
1130 aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten wollen wir ausbauen und
1131 niederschwellig zugänglich machen.

1132 Um den Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle zu verbessern, setzen wir uns
1133 dafür ein, dass Sprachmittlung, auch mit Hilfe digitaler Anwendungen,
1134 Bestandteil des Fünften Sozialgesetzbuches (SGB V) wird.

1135 Eine Verbesserung der Gesundheitskompetenz, insbesondere im Lebensbereich von
1136 Familien einschließlich der Geburt, sehen wir als ein zentrales Anliegen.

1137 Seelische und körperliche Gesundheit bedingen sich gegenseitig und sind ein
1138 Fundament für eine hohe Lebensqualität. Es ist nicht hinzunehmen, dass viele
1139 Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf passende Hilfe warten müssen
1140 und die Suizidzahlen wieder steigen. Unser Ziel sind mehr Hilfen und weniger
1141 Stigma. Wir brauchen ein Suizidpräventionsgesetz. Zudem sollen Forschung,
1142 Therapie und Gesundheitsbildung zu gefördert werden. Alle Menschen, insbesondere
1143 Kinder und Jugendliche, sollen im Bedarfsfall niedrigschwellige Zugänge zu
1144 passgenauen psychosozialen und therapeutischen Angeboten haben. Deswegen werden
1145 wir Therapieplätze und psychiatrisch-psychosoziale Krisendienste bedarfsgerecht
1146 ausbauen sowie die Bedarfsplanung für psychotherapeutische Angebote
1147 modernisieren. Dabei nehmen wir besonders Kinder- und Jugendliche in den Blick.
1148 Wir wollen die angemessene Finanzierung der Weiterbildung von
1149 Psychotherapeut*innen sicherstellen. Die psychiatrische Versorgung werden wir
1150 sektorübergreifend stärken. Wir setzen uns für eine gemeindenahe,
1151 menschenrechtsbasierte Versorgung ein, mit dem Ziel Zwangsmaßnahmen zu
1152 vermeiden.

1153 Psychosoziale Zentren für Geflüchtete werden wir stärken und das Recht auf
1154 Sprachmittlung verankern.

1155

1156 Auch die Versorgung schwer und chronisch erkrankter Menschen müssen stärker in
1157 den Fokus rücken. Lücken im Übergang von stationärer Therapie zur ambulanten
1158 Reintegration möchten wir schließen.

1159 Verhaltensgebundene Süchte nehmen unter anderem durch zusätzliche digitale
1160 Angebote wie z.B. Lootboxen zu. Vor allem um Kinder und Jugendliche besser zu
1161 schützen müssen Produkte besser reguliert werden.

1162 Und wir wollen die Atemluftreinheit im Außenbereich und in Innenräumen
1163 verbessern. Maßnahmen zur Luftreinhaltung in Innenräumen von öffentlichen
1164 Gebäuden, insbesondere in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, sind ein
1165 wichtiger Teil des aktiven Gesundheitsschutzes. Als wichtige Säule der
1166 Gesundheitsversorgung werden wir die Rehabilitation stärken. Auch die Forschung
1167 zu vernachlässigten sowie zu seltenen Erkrankungen wollen wir ausbauen und damit
1168 vielen Menschen neue Hoffnung geben.

1169 Mit Blick auf die steigende Anzahl von Betroffenen von ME/CFS und Long Covid
1170 müssen Projekte zur Ursachen- und Versorgungsforschung ausreichend finanziert
1171 und vorangetrieben werden. Betroffene wurden oft stigmatisiert – wir wollen eine
1172 bestmögliche Versorgung nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse
1173 ermöglichen.

1174 Besonders unterstützen möchten wir Schwerstbetroffene, die keine therapeutischen
1175 Einrichtungen aufsuchen können. Die in der Long-Covid Richtlinie geschaffenen
1176 Behandlungsangebote wollen wir umsetzen und den Ausbau von Fachambulanzen
1177 vorantreiben.

1178 Wir wollen unser Gesundheitswesen durch ein Gesundheitssicherstellungsgesetz auf
1179 Epidemien, Pandemien, große Katastrophen und militärische Bedrohungen besser
1180 vorbereiten. Das betrifft zum Beispiel Prävention durch Lufthygiene, Aufklärung
1181 und Aufbau eines zuverlässigen und dauerhaften Monitorings, den Vorrat an
1182 Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie regelmäßige Katastrophenschutzübungen.
1183 Auch den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir weiter stärken. Angesichts
1184 der Klimakrise wollen wir ressortübergreifend die Umsetzung von
1185 Hitzeschutzmaßnahmen unterstützen. Zentral sind neben dem Ausbau des nationalen
1186 Hitzeschutzplan auch Hitzeaktionspläne in allen Kommunen.

1187 Mit dem Cannabisgesetz haben wir Bürgerrechte sowie den Schutz von Gesundheit,
1188 Jugend und Verbraucher*innen in der Drogenpolitik in den Mittelpunkt gestellt.
1189 Unsere Drogenpolitik setzt auf Vernunft und Hilfe statt auf Kriminalisierung.
1190 Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den tatsächlichen
1191 gesundheitlichen und gesellschaftlichen Risiken orientieren. An dem Ziel des
1192 Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften halten wir weiter fest und
1193 setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene dafür ein, auch um damit
1194 den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität weiter einzudämmen. Die
1195 Bekämpfung der Drogenkriminalität muss sich auf den organisierten Handel und die
1196 dahinterstehenden Strukturen der organisierten Kriminalität fokussieren, dafür
1197 werden wir die Kriminalpolizei und den Zoll entsprechend stärken. Gleichzeitig
1198 wollen wir die Angebote für Prävention, Therapie und den Gesundheitsschutz auch
1199 bei legalen Suchtmitteln ausbauen und Menschen unterstützen, damit sie gar nicht
1200 erst abhängig werden oder ihnen besser geholfen werden kann, wenn sie suchtkrank
1201 sind. Hierzu wollen wir prüfen, wie sich insbesondere in der Suchtberatung
1202 bundesweit ein Mindestangebot sicherstellen lässt. Dazu gehört auch die
1203 aufsuchende Sozialarbeit, Substanzenanalysen, Aufklärungsmaßnahmen, Substitutions-
1204 und Diamorphinprogramme. Die wissenschaftliche Forschung wollen wir fördern. Den
1205 gesundheitsschädlichen Einfluss von Glücksspiel und süchtig machenden digitalen
1206 Angeboten insbesondere auf Kinder und Jugendliche möchten wir stärker in den
1207 Blick nehmen und wirksame Maßnahmen dagegen ergreifen.

1208

1209 Wir wollen die wissenschaftliche Forschung zu Wirkstoffen weiter fördern, mit
1210 denen Depressionen, Epilepsie oder anderen neurologischen Erkrankungen behandelt
1211 werden können und dafür auch Genehmigungsverfahren bei Bedarf vereinfachen.

1212 **Für eine zukunftsfeste und würdige Rente**

1213 Die Sicherheit ihrer Altersvorsorge ist für viele Menschen gerade in
1214 Krisenzeiten ein entscheidender Stabilitätsanker. Die Menschen in diesem Land
1215 sollen sich auf gute Renten und ihre Altersvorsorge verlassen können. Das gilt
1216 heute und morgen, für aktuelle und zukünftige Generationen, also auch und erst
1217 recht für diejenigen, die jetzt in ihre Rentenkasse einzahlen. Die Grundlage
1218 dafür bildet das paritätisch finanzierte Umlagesystem der Rentenversicherung,
1219 welches ein auskömmliches Einkommen im Alter sichern soll. Gleichzeitig stehen
1220 unsere Sozialversicherungssysteme durch die demografische Entwicklung,
1221 insbesondere durch die bevorstehende Verrentung der geburtenstarke Jahrgänge,
1222 vor großen Herausforderungen. Wir werden die Kosten des demografischen Wandels

1223gerecht über die Generationen und nach Vermögen und Leistungsfähigkeit
1224verteilen. Langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen
1225im Alter eine auskömmliche Rente erwarten. Das gilt auch für künftige
1226Rentner*innen. Daher werden wir das gesetzliche Rentenniveau bei mindestens 48
1227Prozent halten und nachhaltig stabilisieren. Auch Menschen mit geringem
1228Einkommen unterstützen wir dabei, auskömmliche Rentenansprüche zu erwerben und
1229so Altersarmut zu vermeiden. Die Grundrente werden wir zu einer Garantierente
1230nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen als
1231bisher einbezieht und finanziell besserstellt.

1232

1233Um zu einer gerechten und auskömmlichen Alterssicherung für alle zu kommen,
1234benötigen wir einen breiten partizipativen Prozess, beispielsweise einen
1235Bürger*innenrat oder eine Rentenkommission. Denn es braucht eine Neubegründung
1236des gesellschaftlichen Konsenses zur Stabilität der gesetzlichen
1237Rentenversicherung als größtes und wichtigstes System der sozialen Sicherung.

1238Das beste Mittel für eine verlässliche Altersvorsorge und einen möglichst
1239geringen Rentenbeitragsatz sind gute Löhne und eine breite Basis derer, die in
1240die Rente einzahlen. Deshalb fördern wir sozialversicherungspflichtige
1241Beschäftigung und verbessern insbesondere die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen
1242durch gleiche Löhne, gute Kinderbetreuung, gute Rahmenbedingungen für eine
1243bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Familie und Sorgearbeit, sowie ein
1244einfacheres Rückkehrrecht in Vollzeit. Durch qualifizierte Zuwanderung und
1245Integration in den Arbeitsmarkt stärken wir unsere Wirtschaftskraft und steigern
1246die Beitragszahlungen in die Rente. Und wir schaffen Anreize, um ältere
1247Beschäftigte gesünder und länger im Erwerbsleben zu halten. Dafür investieren
1248wir auch in Präventions- und Rehamaßnahmen und ermöglichen flexible Übergänge in
1249die Altersrente. Um die Renten zu stärken, werden wir auch erneut den
1250Mindestlohn anheben und prekäre Beschäftigung, insbesondere Minijobs, abbauen.

1251Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir
1252die gesetzliche Rente schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln.
1253Dafür sollen auch Abgeordnete in die gesetzliche Rente einzahlen und auch nicht
1254anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen
1255einbeziehen. Auch Beamt*innen sollen perspektivisch, unter Beibehaltung des
1256Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einbezogen werden.

1257Wir halten an der Rente mit 67 fest. Aber wir schaffen Anreize und machen es den
1258Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die
1259Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in
1260Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug
1261noch mehr lohnt. Dafür werden wir den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und
1262Rentenversicherung an die Arbeitnehmer*innen auszahlen, falls sie sich gegen
1263freiwillige Beiträge in die Rentenversicherung entscheiden.

1264Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende
1265Kapitaldeckung – und zwar ausschließlich mittels Darlehen aus dem Bundeshaushalt
1266und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund. Eine Kapitalanlage aus
1267Rentenbeitragsmitteln schließen wir dagegen dauerhaft aus. Wir führen einen

1268 öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ein, der neben sozialen Kriterien auch
1269 Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt und sich am 1,5-Grad-Ziel des Pariser
1270 Klimaabkommens ausrichtet. Dies stellen wir durch umfassende parlamentarische
1271 Kontrolle sicher. Der Bürger*innenfonds soll solide und professionell geführt
1272 werden und in die Realwirtschaft investieren.. Die aus den staatlichen Einlagen
1273 resultierenden Erträge werden auch zur Finanzierung der Garantierente beitragen,
1274 was insbesondere Frauen und Menschen in den ostdeutschen Bundesländern
1275 unterstützt.

1276 Darüber hinaus wollen wir, dass mehr Menschen als bisher von einer privaten
1277 Altersvorsorge profitieren. Auch hierfür greifen wir auf den Bürger*innenfonds
1278 zurück, der kostengünstig die Vorteile des Kapitalmarktes erschließt. Neben der
1279 Verwaltung der staatlichen Einlagen sollen in dem Fonds auch Bürger*innen Geld
1280 für ihre individuelle Altersvorsorge anlegen können. Sie sollen die Möglichkeit
1281 erhalten, zu sehr geringen Kosten in den öffentlich verwalteten
1282 Bürger*innenfonds zu investieren und ihre Erträge zur individuellen und
1283 freiwilligen Vorsorge zu verwenden. Alternativ dazu können sie auch andere
1284 private Angebote wie ETF-Sparpläne nutzen. Dafür werden wir die Freibeträge für
1285 Kleinsparer*innen erhöhen, sie dynamisch an die Inflation anpassen und die
1286 öffentliche Zulagenförderung auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren.
1287 Wer nicht teilnehmen möchte, kann widersprechen. Den Bürger*innenfonds öffnen
1288 wir als fairen und transparenten Weg auch für die betriebliche Altersversorgung,
1289 damit noch mehr Beschäftigte, insbesondere von kleinen und mittleren
1290 Unternehmen, von Betriebsrenten profitieren. Auch weitere Kapitalsammelstellen
1291 sollen den Bürger*innenfonds zur Geldanlage zur Altersvorsorge nutzen dürfen.
1292 Generell wollen wir mehr Anreize schaffen, um weitere kostengünstige und
1293 ertragreiche Alternativen für die private Altersvorsorge zu schaffen.

1294 Menschen, die lange in die Rentenkasse eingezahlt haben, aber aus
1295 gesundheitlichen Gründen nicht länger arbeiten können, verdienen unsere
1296 solidarische Unterstützung. Deshalb wollen wir die Erwerbsminderungsrente
1297 verbessern. Für besonders langjährig Versicherte wollen wir die sogenannte Rente
1298 mit 63 beibehalten, welche insbesondere denjenigen zugutekommt, die nach
1299 jahrzehntelanger, anspruchsvoller und körperlicher Arbeit ihre Belastungsgrenze
1300 erreicht haben.

1301 **Für verlässliche soziale Sicherung**

1302 In herausfordernden Zeiten braucht es einen starken und verlässlichen
1303 Sozialstaat. Denn jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein
1304 würdevolles Leben. Deswegen haben wir Hartz IV überwunden und mit der Einführung
1305 des Bürgergeldes einen wichtigen Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit
1306 gemacht. Das Bürgergeld soll vor Armut schützen, in dem es ein sozio-kulturelles
1307 Existenzminimum gewährleistet und die Teilhabe an unserer Gesellschaft
1308 ermöglicht. Wir lassen nicht zu, dass der Regelsatz darunter sinkt. Deshalb
1309 passen wir das Bürgergeld regelmäßig an, damit das sozio-kulturelle
1310 Existenzminimum immer garantiert ist. Die Leistungen werden wir perspektivisch
1311 individualisieren. Statt arbeitslose und arbeitende Menschen gegeneinander

1312auszuspielen, unterstützen wir die Menschen, fördern gesellschaftliche Teilhabe
1313und sorgen gleichzeitig für gute und auskömmliche Arbeit. Denn unser Ziel ist
1314es, dass Menschen, die arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Zu einer
1315verlässlichen sozialen Sicherung gehört für uns daher auch, ein angemessener
1316Mindestlohn und prekäre Beschäftigung abzubauen. So stärken wir Menschen in
1317Zeiten des Wandels, geben Halt und Sicherheit und eröffnen Perspektiven für ein
1318selbstbestimmtes Leben.

1319

1320Es gibt Gründe, warum Menschen auf Bürgergeld angewiesen sind. Viele von ihnen
1321arbeiten, müssen aber mit Bürgergeld aufstocken, weil ihr Lohn nicht zum Leben
1322reicht. Andere machen Aus- oder Weiterbildungen, betreuen kleine Kinder, pflegen
1323Angehörige und können daher dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die
1324Menschen, die tatsächlich arbeitslos sind, fehlt es häufig an einer Ausbildung
1325oder haben persönliche Schicksalsschläge erlitten. Mit dem Bürgergeld haben wir
1326bereits wichtige Instrumente geschaffen und zentral war für uns die Abschaffung
1327des Vermittlungsvorrangs. Damit liegt der Fokus auf Qualifizierung,
1328Weiterbildung und Maßnahmen, mit der eine nachhaltige Vermittlung in
1329Erwerbstätigkeit gefördert wird. Es gibt individuelles Coaching,
1330Arbeitsgelegenheiten und geförderte Beschäftigung durch den sozialen
1331Arbeitsmarkt. Diese Angebote der Jobcenter wollen wir weiterentwickeln. Einen
1332Fokus legen wir zudem auf die Gesundheit der Erwerbslosen und insbesondere auf
1333professionelle psycho-soziale Unterstützung.

1334Ein starker Sozialstaat traut den Menschen etwas zu, setzt auf Anreize und
1335Unterstützung, baut auf ihr Engagement, eröffnet neue Chancen und Perspektiven
1336und gibt ihnen damit die Möglichkeit, wieder ein selbstbestimmtes Leben zu
1337führen.

1338Wir verbessern die Anreize zur Aufnahme von Arbeit, schaffen in Zusammenarbeit
1339mit Arbeitgebern und Kammern Maßnahmen, um Menschen wieder zurück an den
1340Arbeitsmarkt heranzuführen. Wenn Menschen trotz Arbeit auf zusätzliche
1341Unterstützung angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen,
1342ihren Stundenumfang zu erhöhen.

1343

1344Damit sich die Menschen in unserem Sozialstaat zurechtfinden und ihn wieder als
1345gerecht empfinden, muss er einfacher, unbürokratischer und transparenter werden.
1346Die Leistungen sollen so pauschal wie möglich und so individuell wie nötig sein.
1347Wer mehr arbeitet, hat am Ende auch mehr auf dem Konto. Niemand muss kompliziert
1348beantragen, was einfach und nach klaren Regeln und Kriterien direkt ausgezahlt
1349werden kann. Diese Reform erfordert einen breiten partizipativen Prozess.

1350Zu den staatlichen Sozialversicherungssystemen sollen alle Zugang haben –
1351unabhängig davon, ob sie selbstständig oder abhängig beschäftigt arbeiten. Für
1352Selbstständige vereinfachen wir daher den Zugang zur freiwilligen
1353Arbeitslosenversicherung.